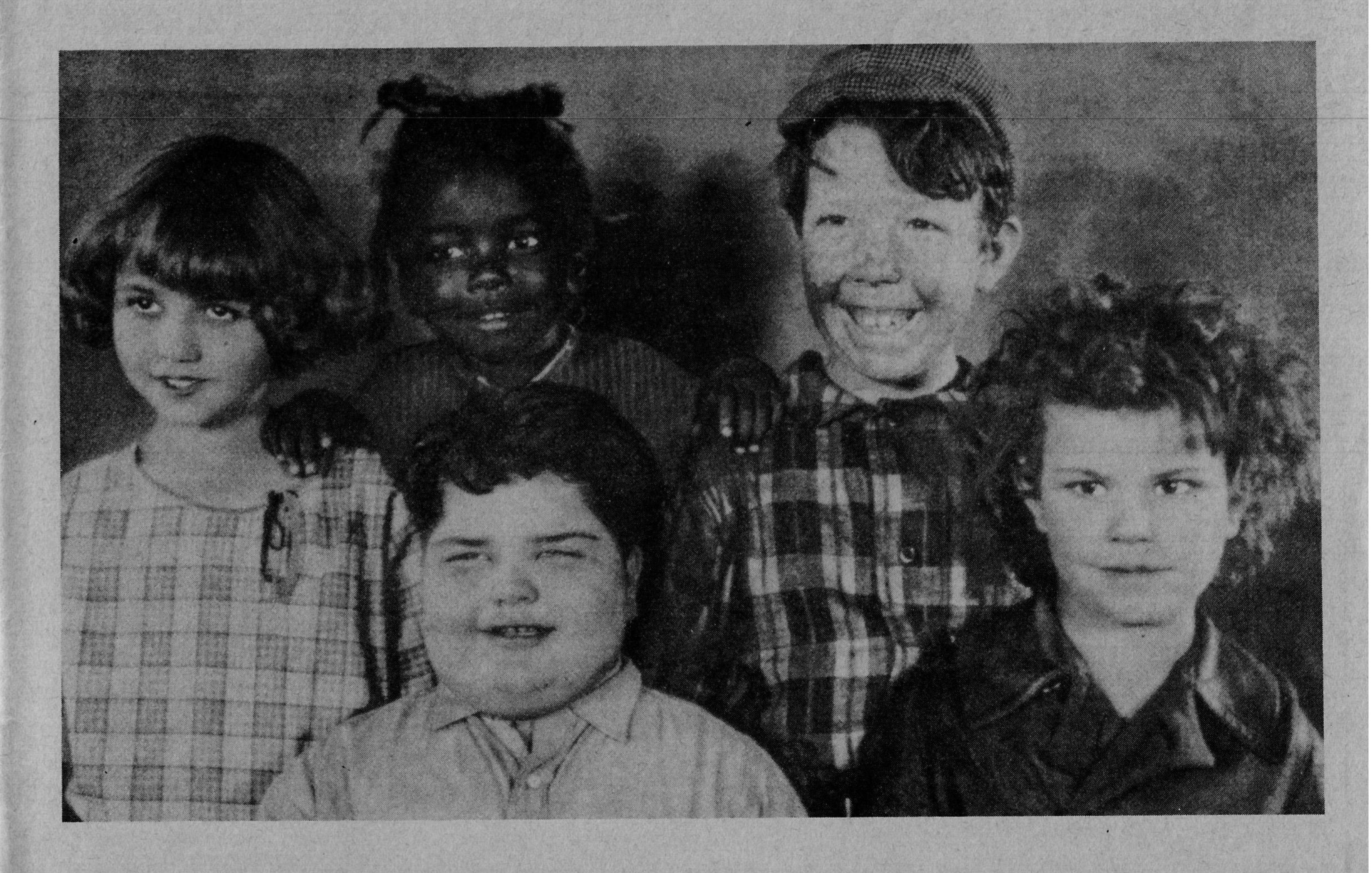
INTERIM

auswärts 2,50 DM

Wöchentliches Berlin-Info

2 DM



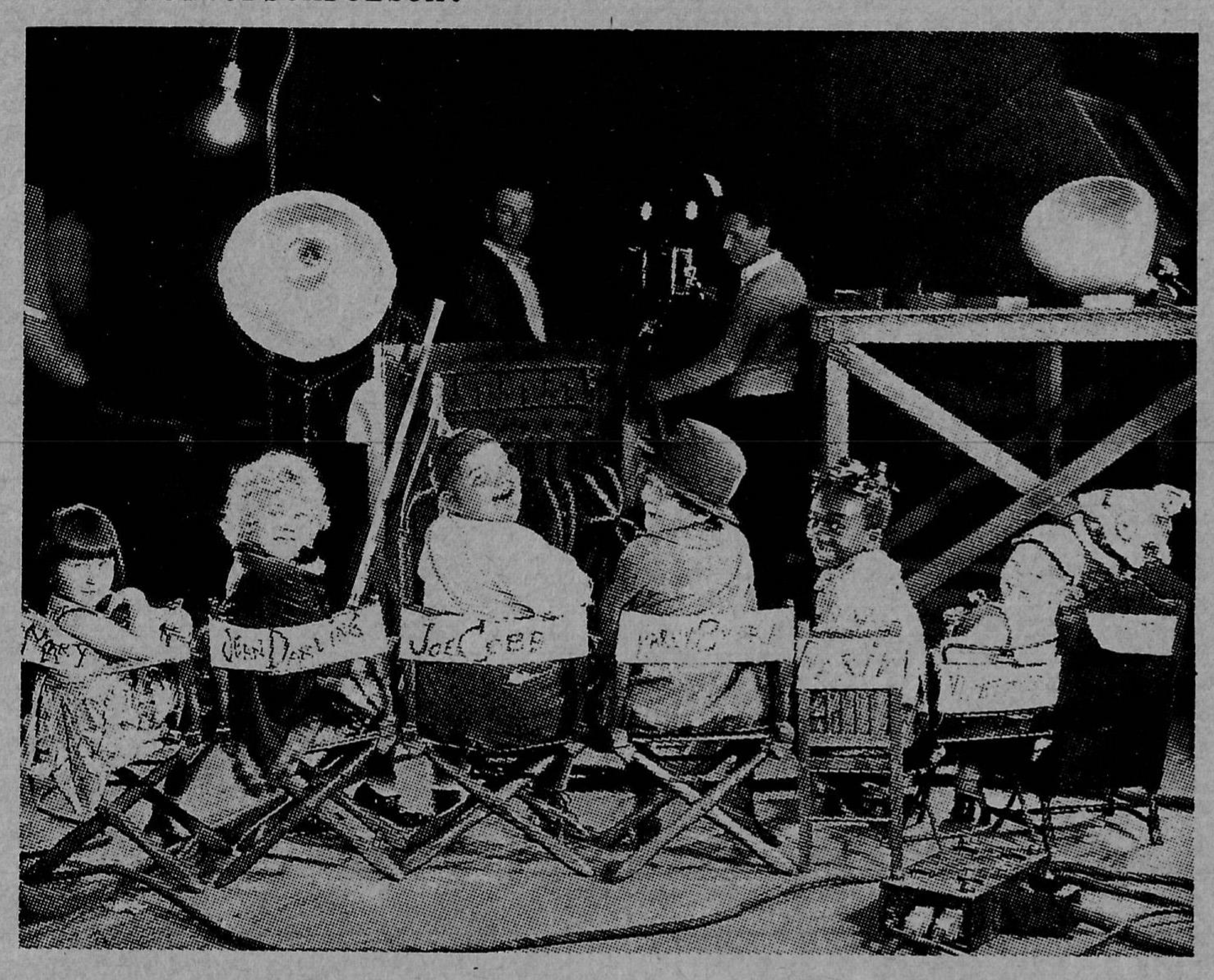
BILDET BANDEN !

Nr. 216

19. November 1992

Hallo...,.Hallo...,Hallo...,Hallo...,.Hallo...,..Hallo...,Hallo....,.Hallo..,Hall
.........................,.................,...........,...,.,,,,.........

Hallo,
hier ist wieder euer Team; dies ist wieder eine ganz besonders interessante Nummer mit hochinteressanten neuen Schwerpunkten zu den Themenbereichen antifasch istischer Kampf und 8.November. Wie ihr euch wahrscheinlich denken könnt ist auch diesmal wieder unser Einsendeschluß am Montag. Neben den meist sehr theorielastigen Beiträgen haben wir einige Zeitungsartikel layoutet, um das ganze etwas aufzulockern. Das Titelblatt haben wir dem Tagesspitzel entnommen. Jetzt schreib doch einfach, daß nochmal recherchiert wird wegen dem einen Ding da. - Wegen welchem Ding?- Äh, äh...Äh Praxisdingsda. Fertig! Wenn du willst kannst du auch noch weiterschreiben.



Debatte über Polizeieinsatz bei Großdemo

Die Störer bei der Demonstration vom 8. November, bei der Bundespräsident Richard von Weizsäcker mit Eiern und Gemüse beworfen worden war, entstammen nicht der bekannten Kreuzberger autonomen Szene. Das sagte gestern Polizeipräsident Hagen Saberschinsky vor dem Innenausschuß des Abgeordnetenhauses. Er antwortete damit auf Vorwürfe von Abgeordneten, die Polizei hätte die Störer schon im Vorfeld erkennen müssen. Es gebe Anhaltspunkte, so der Polizeipräsident, daß die Eierwerfer aus den östlichen Bezirken kommen. Sie seien in kleinen Gruppen nach vorne „gesickert" und so unerkannt geblieben. Innensenator Dieter Heckelmann (CDU) bestätigte, daß auf den Bundespräsidenten keine Steine geworfen worden waren. Massive Kritik an der Arbeit der Polizei bei der Großdemonstration übte gestern der FDP-Abgeordnete Rolf-Peter Lange. Um die Eierwürfe auf Weizsäcker zu verhindern, hätte die Polizei „flexibel" sein müssen. Die Polizei hat jetzt eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die Konzepte für Einsätze bei zukünftigen Großdemonstrationen erarbeiten soll. **eb**

Berliner Zeitung - Nr. 270

Inhalt:

Ordner:
Verfassungsschutz Berlin über
Rechte Gruppen
Knastbrief
Christian (Dänemark)
Rechte in Berlin

Impressum

Herausgeberin:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

8. November

Medienhetze und Autonome Arroganz

Nach den Eierwürfen auf Weizsäcker geht nun wieder von allen Seiten die Hetze auf die Autonomen los. Das ist nicht weiter verwunderlich und als solches auch nicht besonders schlimm. Beliebt waren wir bei Parteien und Medien schließlich noch nie. In diesem konkreten Fall sollten wir uns aber die Frage stellen, ob wir uns nicht durch unüberlegtes Auftreten Chancen verspielt haben.

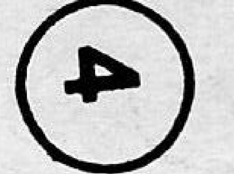
Um nicht mißverstanden zu werden: Eier auf ein Staatsoberhaupt zu werfen, zumal wenn dieses regierungsamtlichen Rassismus vertritt, ist grundsätzlich überhaupt nicht falsch. Falsch aber war das arrogante Auftreten vieler Autonomer gegen die Demo vom 8. November, die nur zu einem geringen Teil eine Demonstration der Regierung war. So hieß es in der Interim: "Es sollten nur Leute kommen, die die Demo auch irgendwie stören wollen, alle anderen sollen dann zuhause sich einen schönen Nachmittag machen." Trotz dieser befehlsartig daherkommenden Aufforderung gab es viele, die anders mit der Demonstration umgingen, die dort Flugblätter mit den eigenen Inhalten verteilten oder sich mit eigenen Transparenten in die Demo einreihte. Wir selbst haben beim Flugiverteilen die Erfahrung gemacht, daß keine Frontstellung uns gegenüber bestand, daß die meisten DemoteilnehmerInnen unseren Inhalten gegenüber offen waren. Regierungskritische Transparente und Forderungen nach Beibehaltung des Artikel 16 und für ein Bleiberecht für alle Flüchtlinge überwogen bei weitem. Die kleinen Blöcke der Parteien und Gewerkschaften verloren sich dagegen in der Masse. Viele hatten das vorher anders eingeschätzt. Es wäre aber noch genug Zeit gewesen, auf die Situation zu reagieren.

Mit einem sensibleren Auftreten hätte vielleicht eine Chance bestanden, eine Solidarisierung einer größeren Zahl der übrigen Demo-TeilnehmerInnen zu erreichen. Eventuell hätte auch eine größere Anzahl von Leuten in unsere Sprechchöre miteingestimmt. Einzelne Eierwürfe hätten die "Keine-Gewalt"-DemonstrantInnen nicht in dem Maße abgeschreckt, wie es jetzt geschehen ist, wenn stärker versucht worden wäre, mit der Masse in Kontakt zu kommen und nicht so isoliert zu agieren. Die Medien hätten wir natürlich in keinem Fall hindern können, die überwiegende Aussage der Demo in ein verwaschenes "Wir sind alle ausländerfreundlich" zu verfälschen. Aber bei den Beteiligten wäre bei einem anderen Auftreten etwas anderes angekommen als bei der jetzt vollzogenen klaren Frontstellung.

Die Aktion als "vollen Erfolg" zu werten halten wir daher für verfehlt. Auch vermißten wir an den folgenden Tagen - z.B. auf der Moabiter Kiezdemo vom 9. November - die Forderung nach Freilassung der wegen der Eierwürfe verhafteten Menschen.

Wir wollen das Ganze nicht überdramatisieren. Alle, die noch unterscheiden können zwischen den mörderischen Brandanschlägen der Rechten und der gezielten Gegengewalt von links, werden die von oben propagierte Gleichsetzung nicht mitmachen. Gleichwohl sollten wir uns in Zukunft mehr darum kümmern, was außerhalb unserer engen Szene gedacht wird. Es ist schon ein falscher Schluß, wenn wir aus der Erfahrung heraus, daß Staat und Nazis häufig Hand in Hand arbeiten, diese einfach gleichsetzen. Noch schlimmer aber wäre es, wenn wir alle, die sich in irgendeiner Form positiv auf Parteien und Gewerkschaften beziehen (oder zumindest nicht in der gleichen Form wie wir von ihnen abgrenzen), umstandslos für rassistisch oder dumm erklären würden. Damit würden wir uns nur noch tiefer in die gesellschaftliche Isolation treiben.

Eine autonome Gruppe



DAS GELBE VOM EI --- ein Resumée

(gewidmet gewissen Autonomen-Fraktionen und anderen SkeptikerInnen)

Allgemeine Einschätzung

Es war -- auch mit der schlechten Erfahrung von Schwerin im Hinterkopf -- richtig, als radikaleR LinkeR die Staatsdemo zu bereichern. Insgesamt war die Intervention ein voller Erfolg: Das Bild, das von der Demo (die ja ausschließlich zum Zweck der Propaganda inszeniert wurde) sowohl in den internationalen als auch in den BRD-Medien rüberkam, war aus unserer Sicht köstlich, aus IHRER Sicht verheerend: Richie hinter Bullenschilden, verzweifelt um Gehör ringend vor einer geifernden, haßerfüllten, "Heuchler" brüllenden Menge. Und wer etwas genauer hingeschaut hat, wird anhand unzähliger Transparente und anderer phantasievoller Figuren, die inhaltlich das Gleiche ausgedrückt haben wie wir, die in TV-Kommentaren so beschworene Kluft zwischen "300 Randalierern" und all den anderen "299700 friedlichen, staatstreuen" DemonstrantInnen vergeblich suchen.

Nehmen wir an,

- aufgrund dieser Bilder werden in der BRD einige Milliarden DM weniger investiert (wievieler Sabotageakte hätte es hierfür bedurft?).
- viele Bürgersleut hätten "gemeinsam" mit der gesamten BRD-Linken (darunter viele Demo-BoykotteurInnen) ohne unsere Intervention keinen so schönen, schadenfreudigen Fernsehabend gehabt.
- von unserer Message, daß die Bonner Bonzen keine AntirassistInnen, sondern schlicht und einfach BrandstifterInnen auf Werbefeldzug sind, ist etwas rübergekommen!

Wer wollte bestreiten, daß unsere Intervention das Gelbe vom Ei war ?

Strategische Einschätzung
(aus der Sicht einR DemoteilnehmerIn im Osten)

1. Den Antifaschistischen Ostblock an die Spitze der Ost-Demo zu bringen wurde von einem Schreibtischtäter und einigen seiner grünen Schergen mit einem Handschlag schon vor der Gethsemanekirche unterbunden. Nur durch Kooperation mit anderen, uns wohlgesonnen Kräften ist es uns gelungen, den den Antifa-Ostblock organisierenden Lautsprecherwagen überhaupt noch in die Demo zu bringen.
Die Idee, durch einfaches Stehenbleiben die Bonzen mit ihrer Basis davonziehen zu lassen und den fortschrittlichen Rest sodann doch wieder anzuführen, führte dazu, daß viele uns einfach überholten. Das Ergebnis war, daß unser Ostblock, anstatt --wie ursprünglich geplant-- in der linksliberalen Menge zu schwimmen wie der Fisch im Wasser, er vielmehr eine eigene Demo in der Demo bildete.
Die Stimmung im Ostblock war allerdings zeitweilig großartig, und es ist zu vermuten, daß der Ostblock die Funktion eines Durchlauferhitzers gespielt hat für viele, die daraus ihre Motivation für ihr späteres, höchst effektives Eingreifen vor der Bühne bezogen. Und immerhin konnte somit dem anwohnenden und mitlaufenden Publikum durch inhaltliche Beiträge der Charakter dieser Staatsdemo und unsere Rolle darin deutlich gemacht werden.
Das ursprüngliche technische Argument, nur im Demo-Zug kämen wir überhaup auf den Lustgarten, erwies sich als falsch: In dem Moment, wo wir die Menschenmenge am Lustgarten erreichten, mußte sich unser Demo-Block auflösen, weil er sonst mangels Platz niemals reingekommen wäre. Vor der Tribüne angekommen trafen wir dann auf die anderen GenossInnen, die mittels Einsickerungsverfahren durchaus auf elegantere Weise die Tribüne erreich hatten.

2. Daß inmitten von GenossInnen das zentrale Mischpult für die Tribünentechnik während der ganzen Show-Zeit unangetastet blieb, ist die eigentliche (nur durch Unorganisiertheit zu erklärende) Panne dieses Tages. Wieder eine Bankrott-Erklärung mehr für die spontaneistische Illusion, radikale Individuen könnten auch ohne vorherige Absprache (bei guter Absprache und Arbeitsteilung: Organisation) "spontan" zur richtigen Zeit das Richtige tun. Diese Illusion hatte sich ja vorher in Schwerin schon blamiert.
An dieser Stelle einen Ruhmesorden für die GenossInnen, die am anderen Ende der Bühnenfront geistesanwesend den Karren aus dem Dreck zogen und anderweitig einen Ausfall der Richie-Propagandatechnik besorgten!! Wäret Ihr nicht gewesen...

3. Das Gedränge war so dicht, daß selbst einige Hundert (!) Zivi-Bullen vor der Bühne keine Chance hatten, ihren Schergen-Aufgaben nachzukommen. (So ganz nebenbei: Liegt es bei einigen Hundert Zivibullen einerseits und "300 Randalierern" andererseits nicht nahe, daß erstere letztere ware es sich hiebei also um eine von langer Hand geplante, systematisch ausgeführte Counter-Aktion des Staates handelte---wobei es eigentlich UNSERE Aufgabe wäre, die unglaublichen Gewalt-/und Terrorexzesse, die vom Mob vor der Bühne ausgingen, scharf zu verurteilen?)

4. Die Einschätzung, daß wir es mit gefährlichen AktivbürgerInnen zu tun haben würden, die unseren Aktionsradius doch stark einschränken würden, erwies sich als falsch: Das Publikum beschränkte sich auf erhobene Zeigefinger und Unverständnis-Kopfschütteln bei unserer Drängelei. Ganz offen-

sichtlich gibt es eben doch einen gravierenden Unterschied zwischen linksliberalen Bürgersleut,die ehrbar gegen Rassismus auf die Straße gehen,und dem reaktionären AktivbürgerInnenpöbel,dem diese ganze Staatsdemo ohnehin zu linksradikal war.

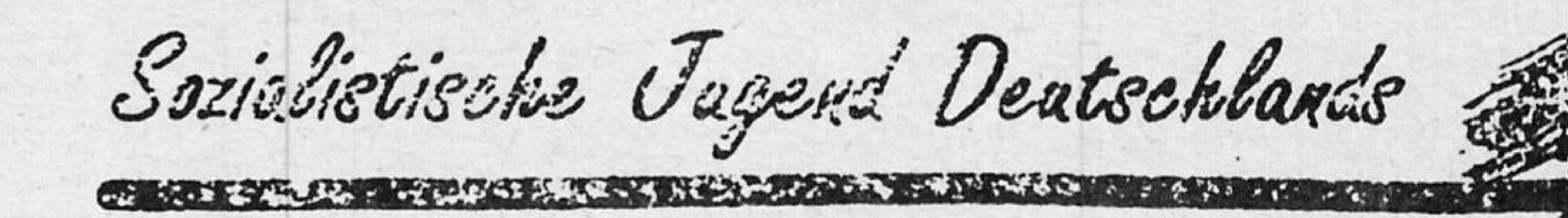
5. Aber auch die Hoffnung,wir könnten noch schweigende Bürgersleut (und sei's PDS- Basisleute) zum Mitmachen auch nur bei Sprechchören animieren,erwies sich aus unserer Sicht als falsch. Diese Leute verhielten sich wie bei allen anderen von ihnen getragenen Demos auch: Sie laufen und schweigen. Wie aus vielen vereinzelten Äußerungen zu erfahren war,gab es doch einiges an Empörung über das Mittel "Gewalt". Sich effektiv gegen Unterdrückung zu wehren (anstatt nur anklagend), scheint bei den meisten von ihnen verpönt zu sein,auch wenn das Ziel der (symbolischen) Angriffe von ihnen klar als Täter von Unterdrückung identifiziert wird (z.B. Bundesregierung,Treuhand,Kohl,Kapital...). Schizophrenie,einfach nur Inkonsequenz oder doch der Glaube an "das Gute" auch in jedem Unterdrücker (,den es zu "überzeugen" gelte)??

6. Last but not least an alle Autonomen und anderen Medienmuffel: Die Pressekonferenzen und -Erklärungen,die einige GenossInnen wohl immerhin der TAZ und dem ND gegeben haben,sind prompt rübergekommen. Ganz offensichtlich gibt es diese vielzitierten Spielräume in linksliberalen Medien. Diese Beiträge plus die unfreiwillige Propaganda durch die Hetze über uns in allen anderen Medien haben unserer Show erst diese Massenwirksamkeit gegeben und zumindest deutlich gemacht,das die Einheit von Partei und Volk eine totale Farce ist. Wie viele Leute hätten wir ohne die direkte und indirekte Nutzung der Massenmedien wohl erreicht? Ein Hoch auf die OM's und IM's der bürgerlichen Medien! Schmach und Schande für die sektiererischen IgnorantInnen mit der Igel-Mentalität!!

...und nicht vergessen!

1. Heiße und solidarische Grüße an all jene,die noch Streß mit der BRD-Klassenjustiz haben. Wir lassen Euch nicht alleine!
2. Noch mal besondere Grüße an Euch beiden GenossInnen,die Ihr (nach Zeitungsberichten) in ein Heim eingewiesen sein sollt! Laßt Euch nicht unterkriegen! Keine Aussagen bei Bullen und Justiz!
3. Und noch mal ganz besonders:
Liebe Karin Dörre,die Du so tapfer unsere gemeinsame Sache im Senat vertreten hast: Bleib so kräftig,laß' Dir das Rückrat nicht brechen! Wenn die Ärsche jetzt vollkommen durchdrehen und die PDS verbieten, dann gibt's erst mal nur eines: unbedingte linke Solidarität,über alle Differenzen und verschiedenen Herkünfte hinweg !!!

Einige KommunistInnen





PRESSEERKLÄRUNG

"Deutsche Autonome schüren Progrome"
Falken gegen Haß, Gewalt und Heuchelei von sog. autonomen Gruppen.

Die SPD - nahe Jugendorganisation SJD - Die Falken hat sich ebenso wie viele andere Parteien und Verbände mit Engagement für ein Zustandekommen der bundesweiten Großdemonstration am 8. November eingesetzt.

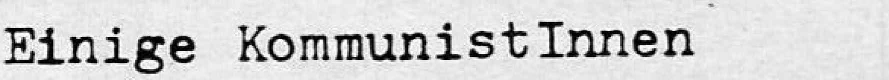
Wie viele andere Teilnehmer der Abschlußkundgebung am Berliner Lustgarten sind die Falken empört und entsetzt über das Verhalten sogenannter Autonomer. Diese haben den friedlichen Ablauf der Demonstration massiv durch das Anzetteln von Unruhe gestört. Die Pfeifkonzerte beim Verlesen des "Zeugnisses der Zivilcourage" einer Quedlinburger Bürgerrechtlerin zeigte, wie dumm und unpolitisch diese Gruppe agierte.

Nur wenige Meter von der Bühne entfernt versuchten Mitglieder unserer Organisation durch Bilden einer Kette das weitere Vordringen der Unruhestifter zu verhindern. Dabei kam es zu tätlichen Angriffen der autonomen Gruppe auf Berliner Falken. Mehrere Falken wurden während dieser Ausschreitung durch Tritte und Faustschläge verletzt.

"Wir kritisieren die offenkundige Unfähigkeit der Veranstalter, eine Kundgebung von 300.000 Menschen vor den Attacken einiger 100 Schreihälse zu Schützen", erklärt der Landesvorsitzend Maren Traxler.

Die Berliner Falken, deren Arbeit sich seit Jahren gegen Rechtsradikalismus richtet und die auch wiederholt Opfer rechtsradikaler Angriffe waren, wenden sich gegen alle Versuche, das Auftreten der Autonomen zu politischen Ablenkungsmanövern im Sinne Streibls oder Schönhubers zu mißbrauchen. Es bleibt richtig: "Die Gefahr steht rechts!"

V.i.S.d.P.: SJD - Die Falken Berlin
Kleine Hamburger Straße 2
0-1040 Berlin
Tel/Fax: (030) 282 67 30



EINIGE ANMERKUNGEN ZU DEN "AUTONOMEN STÖRAKTIONEN" ANLÄßLICH DER REGIERUNGSDEMO AM 8.11.

die art und vermittlung der aktionen ließen die in vorigen interims genannte falle nahe sein, in die wir stolpern können, wenn wir nur rein emotional reagieren, nach dem motto "politiker klatschen, wo sie sind".
die erklärungen verschiedener gruppen wendeten unserer meinung nach die gefahr noch einmal ab. vorallem wurde dort betont, daß die große mehrheit der demoteilnehmerInnen keine regierungsjublerInnen waren, sondern auf unterschiedliche weise ihren protest gegen die rassistische regierungspolitik deutlich machen wollten.
diese menschen in unsere aktionen einzubeziehen, wäre unsere aufgabe. sonst besteht die gefahr, daß diese menschen alleingelassen sich zerrieben zwischen "rechts- und linksextremisten" sehen, wie ihnen das propagandatrommelfeuer suggeriert, resigniert zurückziehen bzw. wieder "kleinere übel" wählen.

bemerkenswert schwach fielen die bisherigen äußerungen von autonomer seite zur biographie von weizsäcker aus. er ist nicht nur ein repräsentant des systems, wie im in der taz vom 10 .11. veröffentlichten brief einer autonomen gruppe heißt, sondern er symbolisiert die kontinuität von ex-nazi-eliten, die bürgerliche demokratie spielen.
er hat hohe ns-orden bekommen, für seinen beitrag gegen die sowjetunion im faschistischen krieg.
nach der befreiung vom faschismus verteidigte weizsäcker seinen vater und ns-diplomaten vor dem nürnberger gericht. er erhielt dafür schon bald lob von diversen altfaschisten.
als manager der chemiefirma böhringer hat er die produktion von hochgiftigen entlaubungsmitteln mit zu verantworten, die just zu dieser zeit von den yankees in vietnam versprüht und zum tod tausender menschen führten. zehntausende leiden heute noch an den körperlichen folgen dieser gifteinsätze.

später erlebten wir weizsäcker als regierenden bürgermeister von westberlin, der den npd-finanzier lummer zum innensenator berief, der sich mit brutalen häuserräumungen und dem mord von klaus-jürgen rattay profilierte.
das war der grob nachskizzierte weg eines"entnazten nazis", der gerade deshalb sympathie bis in linksreformistische kreise genießt.

es wäre angebracht gewesen, die gründe mehr herauszustellen, die uns veranlaß(t)en) diesen mann, wo er immer er auftritt, am reden zu hindern.
dann hätte aber unterbleiben müssen, daß die störaktionen als ungezielt und willkürlich wahrgenommen werden konnten.
der verlesene redebeitrag der antirassistin aus quendlingburg hätte auf keinen fall gestört werden dürfen. einmal davon abgesehen, daß er inhaltlich das regierungskonzept konterkarierte, war die frau aktiv gegen rassismus. sie war keine parteipolitikerin.
ebenfalls nicht gestört werden sollte der vorsitzende des nationalrates der juden und jüdinnen in deutschland ignaz bublies.
einmal abgesehen, was mensch von seiner politik hält. als repräsentant einer schon wieder nicht nur von rechtskräften angegriffenen volksgruppe sollte er zumindest an diesem tag unseren respekt genießen.
das sind nur einige fragmente zum weiterdiskutieren!

FÜR EINE LEBHAFTE DEBATTE!!
STANDPUNKTE KLÄREN! ZIELE BESTIMMEN ! KÄMPFEN!

Unangemessen !

Am 9. November 1938 wurden in der Reichpogromnacht zahllose Synagogen von den deutschen Faschisten angezündet, etliche Menschen ermordet, Geschäfte von Juden geplündert und niedergebrannt, tausende Menschen in die Konzentrationslager verschleppt. Es war der Auftakt zur Vernichtung von 6 Millionen europäischer Juden die mit der, den deutschen Behörden eigenen Gründlichkeit bestialisch gequält, erschlagen, erschossen und vergast wurden.

Am 9. November 1992 findet in Moabit eine antifaschistische Demonstration statt, die der Opfer gedenken soll und zum Widerstand gegen den wiedererstarkenden Faschismus aufruft.

Zeugt es nicht von Geschichtslosigkeit wenn Teile der Demonstration zu einer Art "Happening" verkommen, johlende DemonstrantInnen in ihrem bauchorientierten Politikverständnis ihr Erlebnisbedürfnis in den Vordergrund stellen, ein "Energiebällchen" verkaufender Demonstrationsteilnehmer sich nicht entblödet vor dem Mahnmal seine Erzeugnisse zu verhökern?

Ein Supermarkt auf dem KZ-Gelände in Ravensbrück ist wohl was anderes - oder wie? Fehlt nur noch, daß das Bedürfnis im Hier und Jetzt die gefüllte Blase zu leeren an der Gedenkstätte befriedigt wird.

Nicht zuletzt wird eine ältere Frau mit der Fahne des israelischen Staates mit dem Hinweis auf die Intifada in Palästina aus der Demo vertrieben. Bei aller Kritik an israelischer Politik in einem anderen Zusammenhang als dem 9. November, haben sich diese "Verteidiger der palästinensischen Revolution" mal Gedanken gemacht, was für eine Bedeutung der Stern der Juden auf dieser Staatsfahne für eine Frau der jüdischen Gemeinde in der "deutschen Reichshauptstadt" hat?

Hat diese Frau ein KZ überlebt? Wie viele Angehörige ihrer Familie wurden von den Nazis ermordet? Was bedeuten die Faschistenangriffe für die Juden in Deutschland?

Zum Schluß; Ist es nicht fragwürdig, welche Wichtigkeit den Frauenketten vor dem Lautsprecherwagen zugeordnet wird, die ohnehin nicht aus Eigeninitiative zustande kommen und zu denen mehrfach ein Typ über Lautsprecher aufruft.

Ein Lob für die guten Redebeiträge und Ernst Busch.

Immerhin blieb einem die Parole "Hoch die internationale Volxrandale" erspart, die die Deutschen 1938 ja gründlich praktizierten

Istros

Proteste nach Freispruch

Französische Bäckerin erschoß Araber

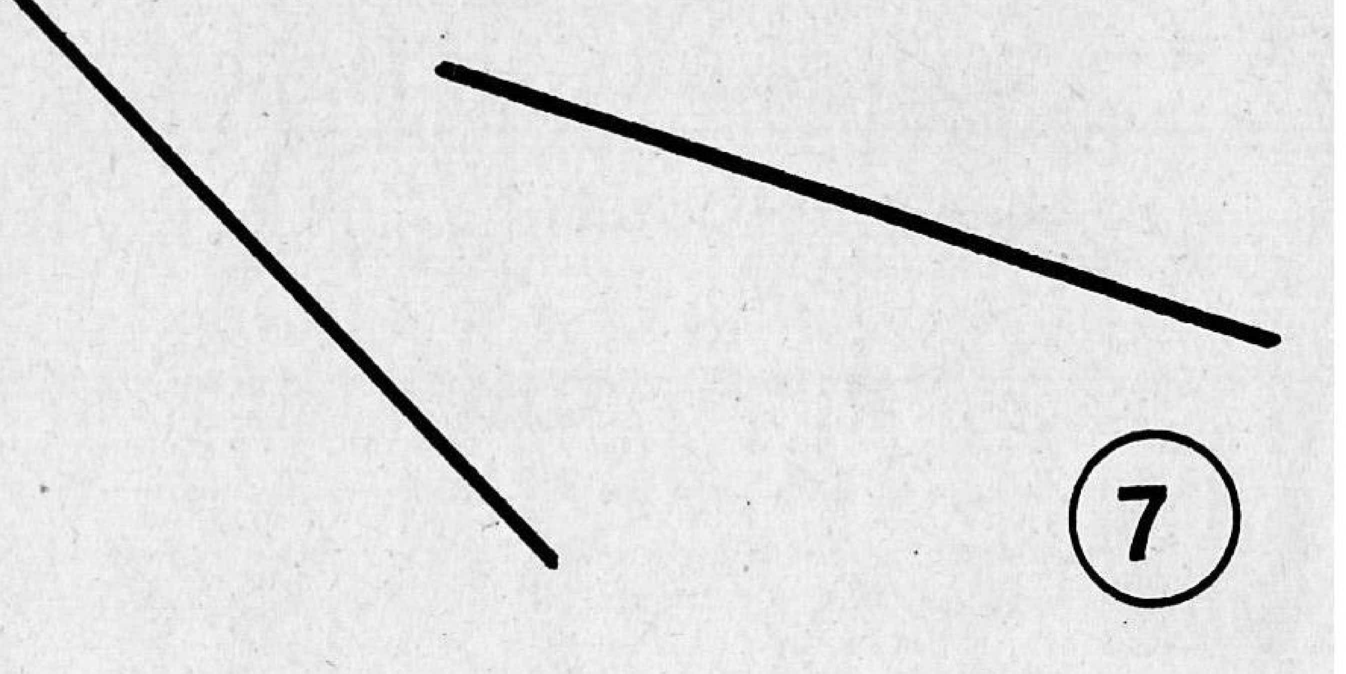
REIMS, 14. November (dpa). Der Freispruch am Freitag für eine Bäckerin, die im Streit um gestohlene Croissants einen jungen Nordafrikaner erschossen hatte, hat in Frankreich eine lebhafte Debatte über die Gerechtigkeit der Justiz ausgelöst. Angehörige und Nachbarn des erschossenen 23jährigen Ali Rafa werteten das Urteil vom Freitag abend als rassistisch. „In Frankreich gibt es zwei Gerechtigkeiten, eine für Weiße und eine für dreckige Araber", lautete ihr Kommentar.

„Alis Freunde wurden wegen Croissant-Diebstahls verurteilt. Die Bäckerin tötet, und das bleibt ungesühnt. Wie soll man da nicht Lust haben, alles kaputtzuschlagen?" fragte ein Zuhörer nach dem Prozeß vor einem Gericht in Reims. Mehrere französische Bürgerrechtsorganisationen, darunter die antirassistische Organisation „SOS Racisme", schlossen sich der Kritik an dem Urteil gegen die Bäckerin an. Die Vereinigung „Legitime Selbstverteidigung" begrüßte dagegen den Freispruch. Nach Auffassung des Gerichtes hat die junge Bäckerin aus Reims in der Champagne in Selbstverteidigung ohne Tötungsabsicht geschossen. Der Staatsanwalt hatte vier Jahre Haft auf Bewährung verlangt, weil die Frau „arbeitsam, ehrlich, nicht rassistisch und nicht gewalttätig" sei. Er hatte aber vor der „Spaltung der Stadt" durch ein als ungerecht empfundenes Urteil gewarnt. Die Angeklagte sagte, sie habe den Schuß aus reiner Panik abgegeben.

Nach Angaben eines Entlastungszeugen hatten sich mehrere aus Nordafrika stammende junge Männer im Februar 1989 in der Bäckerei die Taschen mit Croissants vollgestopft. Einer habe zudem nach der Kasse gegriffen und den Bäcker geschlagen, der die Kasse nicht herausgeben wollte. Die Freunde des Toten sagten dagegen aus, erst nach dem tödlichen Schuß seien der Bäcker geschlagen und die Kasse herausgerissen worden.

Krawalle nach Freispruch in Reims

REIMS, 15. November (dpa). Nach dem Freispruch der Bäckerin, die 1989 einen Araber im Streit um gestohlene Croissants erschossen hatte, ist es in der französischen Stadt Reims in der Nacht zum Sonntag zu Zusammenstößen zwischen nordafrikanischen Jugendlichen und der Polizei gekommen. Etwa 50 Jugendliche warfen Auto- und Schaufensterscheiben ein, verbrannten Autoreifen und bewarfen Polizisten mit Steinen und Molotowcocktails. Diese setzten Tränengas ein. Nach Angaben der Behörden gab es keine Verletzten.

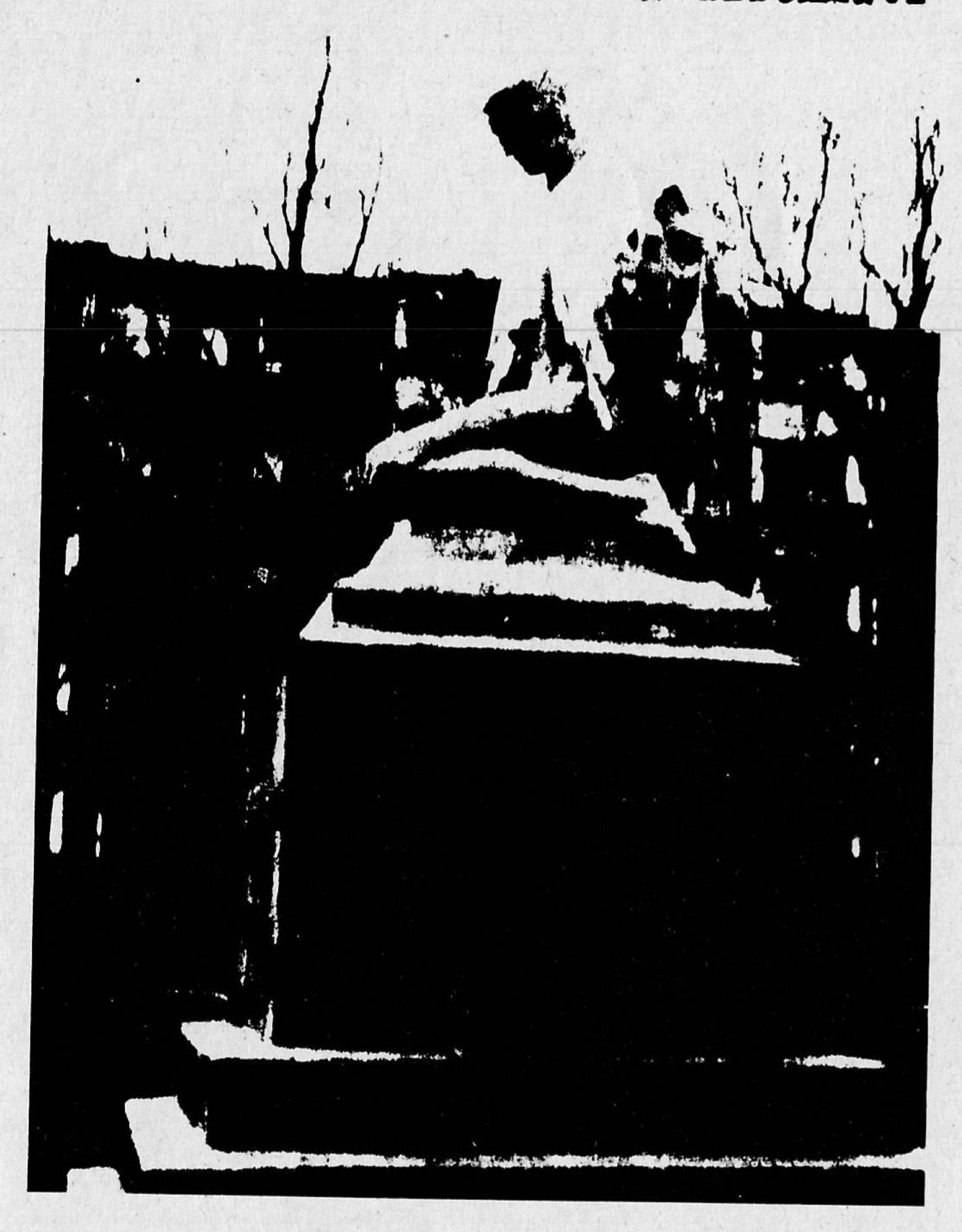


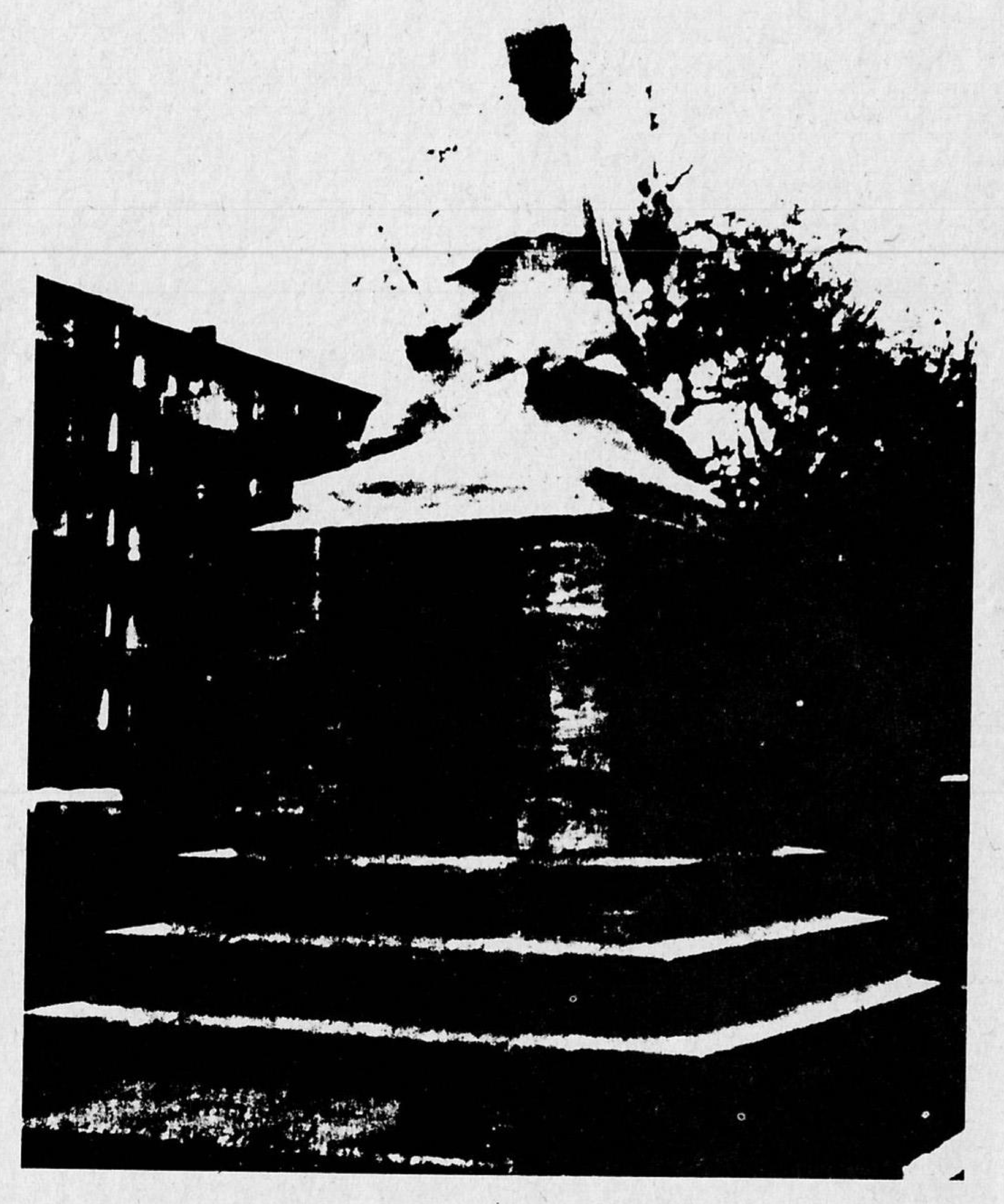
WIR HABEN IN DER NACHT VON FREITAG AUF SAMSTAG, DEN 14.11., DIE GASTSTÄTTE "SCHÜTZENHAUS" OHNE SCHEIBEN UND BUTTERSAUER HINTERLASSEN. NACHDEM DIE ORGANISATOREN DES FASCHISTISCHEN AUFMARSCHS VON HALBE DORT IHR VORBEREITUNGSTREFFEN ABGEHALTEN HATTEN, WOLLTE AUCH DER REST DES PACKS AM SONNTAG DORT SPEISEN.
KEIN FUßBREIT DEN FASCHISTEN!

KOMMANDO MÄRKISCH-BUCHHOLZ

Die Kontinuität von Faschismus und Militarismus drückt sich nicht nur am "Heldengedenktag"(Halbe) oder am Rudolf-Hess-Gedächtnistag (Wunsiedel)aus,wo sich jährlich alte und neue Nazis treffen. Nein,die Kontinuität ist auch ganz alltäglich und scheinbar selbstverständlich:Wir wissen nicht,wieviele Kriegsdenkmäler es in und um Berlin gibt - mit einem(Urbanstr./Baerwaldstr.)haben wir aber schon mal(20.10.92)angefangen!!!

AG Denkmalschmutz





Die Faschoorganisation "Die Bürger" ist auch in Moabit präsent. Leider. Aber hoffentlich nicht mehr lange. Damit sie ziemlich zügig wieder in dem Dreck verschwinden, aus dem sie gekrochen sind, haben wir am 8./9. November dem Wirt ihres Vereinslokals "Trödelstube", Oldenburger Str. 43 in B 21 unmißverständlich klargemacht, daß es für ihn besser ist, seine Gäste in Zukunft besser anzuschauen. Damit er es auch nicht vergißt, wurde die Außenfront der Faschokneipe entsprechend ausgeschmückt.

GEGEN FASCHISTEN; RASSISTEN UND SEXISTEN IN MOABIT UND ANDERSWO!!!

MLS - moabits lustige sprüher/innen

Erklärung:

wir haben heute, den 11.11.92 die scheiben des Neo-Faschistischen plattenladens No Remorse (Tirolerstr.74/Pankow, o-1100 berlin-tel:4710248), eingeworfen, die ware mit u.a. buttersäure beschädigt sowie autos der betreiber des ladens abgefackelt.

Der laden No Remorse verkauft cdøs und platten faschistischer musikgruppen wie z.b.
störkraft, endstufe, kraftschlag, wotan, werwolf, böhse onkelz, radikahl u.s.w. und t-shirts mit faschistischem aufdruck.
Außerdem ist der versand des faschistischen skinhead-fanzine proißens gloria (psf 102, postamt 67, o-1034 berlin) über den laden organisiert.

es folgen nun drei textbeispiele faschistischer musikgruppen:
1. störkraft-titel:in ein paar jahren
"früh in der bildung, da fing es schon an -ein land voll wikinger-deutschland, sie nahmen dir den stolz, vermitteln das land ,doch das hast du damals noch nicht erkannt
refr.:in ein paar jahren hat er keine rechte mehr unsere gefühle existieren nicht mehr, doch wir sind geboren in deutschland -wir kämpfen für das deutsche vaterland, überall wohin du siehst siehst du wie dein land überaus riecht ,**fremde völker nisten sich ein** und behaupten auch noch deutsch zu sein
refr..in ein paar jahren...
eines tages ,**da wacht ihr alle auf -rettet die rasse, die man ausverkauft, ich weiß in jedem deutschen steckt ein mann der das verderben noch verhindern kann**
refr...
2.störkraft-titel:söldner
"er ist söldner und faschist-er ist mörder und faschist
er hat keine freunde und liebt nur sich.ein menschenleben interessiert ihn nicht.er hat keine seele ,er hat keinen verstand, er hat keine hemmung, man hat ihn verbannt.söldner, er ist söldner. er ist ein skinhead und faschist, er hat eine glatze und ist rassist.moral und herz besitzt er nicht, haß und gewalt zeichnet sein gesicht.söldner, er ist söldner.er liebt den krieg und die gewalt und bist du sein feind, dann macht er dich kalt söldner, er ist söldner.
3.werwolf-titel:volk steh auf
"in mir drin ,da tut es weh, wenn ich heut so um mich seh.ausländer, aussiedler und asylanten, selten sieht man noch einen bekannten.soll das denn so weitergehen, ich kann die politiker nicht verstehen. refr.:**volk steh auf, der sturm bricht los-du siehst es selbst, der haß ist groß.**wohnungsgelder, arbeitsplatz bevorzugt werden sie in jedem satz.unser recht, das steht schon längst in frage-wir befreien uns von dieser miesen plage.schickt sie doch einfach heim.deutschland muß wieder deutschland sein.
refr.:volk steh auf...
wollt ihr zukunft für unser land ich hoffe, ihr habt es jetzt erkannt.**wir müssen kämpfen für unsere rasse- deutsches volk, beweise deine klasse.**deutschland, deutschland du must leben.die anderen wollen, wollen wieder leben refr.:volk steh auf...

nun zwei kurze textauszüge aus der zeitung proißens gloria/nr.5-mai/juni 92:
1.seite 13 aus dem städtebericht bielefeld:...dürch die progrom-hetze in den bielefelder tageszeitungen über kahlschädel haben wir jetzt auch wieder verstärkt ärger mit den kebabfressern.(...)man kommt sich vor ,wie in ankara bei der paarung menschenähnlicher individien.**es gibt bei uns ein asylantenheim an der sudbrachstraße ,aber das schaffen wir schon!!!**
2.seite 14 berliner kommentar als reaktion auf einen spiegel-artikel:...ich jammere hier ständig in meinem bezirk, wenn ich den **menschenähnlichen biologischen abfall** hier sehe, der hier manchmal rumkurvt(...)außerdem gibt es hier im 55ø prenzlauer berg nicht nur ein kebab -stand, sondern man wird regelrecht von solchen düften umgeben, daß man oft dem erstickungstod nahesteht.nichtsdestotrotz haben wir wirklich noch keine kanackenprbleme, wie in einigen anderen bezirken krass vorhanden.
(fettgedrucktes dient der verdeutlichung)

Der laden stellt somit einen wichtigen teil der infrastruktur der faschistischen musik-und skinhead szene dar.

bekämpft sexismus, rassismus und faschismus!

Polizeieinsatz in Augsburger Asylunterkunft

■ Caritas, Diakonisches Werk und Asylarbeitskreis kritisieren die nächtliche Razzia

Augsburg (taz) – In den Augen der Augsburger Polizei war die sieben Stunden dauernde Razzia im „Fabrikschloß", der zentralen Asylunterkunft in der Fuggerstadt, ein voller Erfolg. Von den angeblichen sechs Rädelsführern der „Essensblockade" konnte sie fünf festnehmen. Weitere 29 Asylbewerber wurden vorläufig wegen illegalen Waffen- und Drogenbesitzes sowie Verstoßes gegen das Asylverfahrensgesetz verhaftet.

Am Donnerstag morgen um 4 Uhr rückten etwa 200 Polizisten beim Fabrikschloß an. Augenzeugen berichteten noch am Donnerstag, das Gelände wäre von Polizisten umstellt gewesen, auf den Dächern des Containerlagers hätten Beamte gestanden und im Gebäude selbst hätten sie einzelne Türen ohne Vorwarnung eingetreten. Mittlerweile verhindert die Polizei eine Befragung der Betroffenen durch ein Betretungsverbot.

Welche Art von Drogen und welche Mengen beschlagnahmt wurden, darüber gab die Polizeidirektion Augsburg keine Auskunft. Bei den beschlagnahmten Waffen handele es sich um Baseball-Schläger, Eisenstangen und ein Würgeholz.

Die ehrenamtlichen Helfer von Caritas, Diakonischem Werk und Asylarbeitskreisen erfuhren erst im nachhinein Einzelheiten über das Vorgehen der Polizei. „Nach allem, was ich bisher gehört habe, muß es sich um einen unverhältnismäßigen Polizeieinsatz gehandelt haben. Ich kann daraus nur schließen, daß der dazu angetan sein sollte, die deutsche Bevölkerung gegen die Asylbewerber aufzubringen", empörte sich Stadtrat Dieter Ferdinand (Grüne). Werner Seidel von der Caritas stimmt ihm zu. „Ich schätze es wirklich so ein, als wäre es ein Einschüchterungsversuch gewesen."

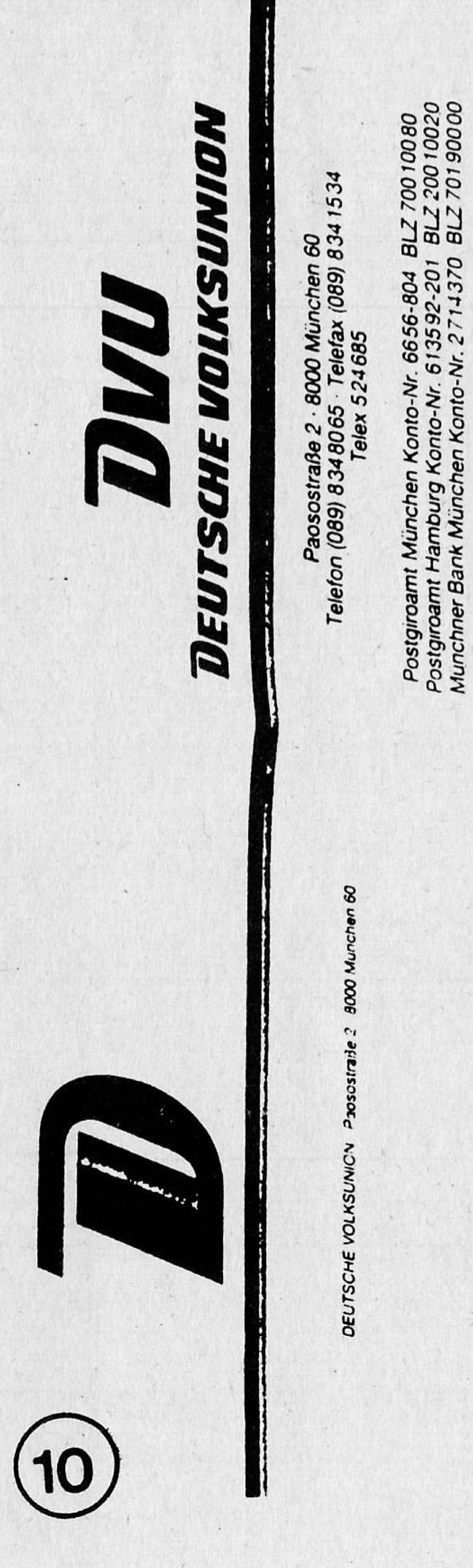
Seidel kritisiert, wie seine Mitstreiter auch, die Art des Protestes der Flüchtlinge sei nicht richtig gewesen. Diese hatten über drei Tage die Annahme von Lebensmittelpaketen verweigert. Laut Polizei auf massiven psychischen Druck von sechs Schwarzafrikanern hin.

Trotz aller Kritik zeigen die Unterstützer der Flüchtlinge dennoch Verständnis dafür, daß diese die Lebensmittelpakete ablehnen. Denn erstens seien sie teurer als Selbstverpflegung und zweitens würden sie den Essensgewohnheiten vieler Asylbewerber nicht gerecht. Der monatliche Sozialhilfesatz von 435 Mark war ab 1. November auf 100 Mark gekürzt worden. Dafür soll es künftig Lebensmittelpakete geben.

Daß es bei solchen Maßnahmen in einer Massenunterkunft mit 1.300 bis 1.500 Flüchtlingen aus über 45 Nationen zu Spannungen kommt, ist für Maria Schönherr von der Don Bosco-Gemeinde, die sich seit Jahren um die Asylbewerber kümmert, gut nachvollziehbar. „Wir haben bei der Universität Augsburg ein psychologisches Gutachten angefordert, das eindeutig vorausgesagt hat, daß die Zusammenballung von so vielen Leuten große Probleme schaffen wird."

Christina Lichtwarck vom Arbeitskreis Fabrikschloß betont, es seien keine 1.300 oder 1.500 Randalierer und Rauschgifthändler, eine solch überzogene Polizeiaktion erwecke in der Öffentlichkeit aber genau diesen Eindruck.

Klaus Wittmann



DVU
DEUTSCHE VOLKSUNION

DEUTSCHE VOLKSUNION Paosostraße 2 8000 München 60

Paosostraße 2 · 8000 München 60
Telefon (089) 8348065 · Telefax (089) 8341534
Telex 524685

Postgiroamt München Konto-Nr. 6656-804 BLZ 70010080
Postgiroamt Hamburg Konto-Nr. 613592-201 BLZ 20010020
Münchner Bank München Konto-Nr. 2714370 BLZ 70190000

4.11.1992 Drö/Z

D r . F r e y k o m m t !

Liebe Mitglieder und Freunde
der DEUTSCHEN VOLKSUNION (DVU),

selbst Meinungsumfr... können ...
DVU wird immer stä... und ...
Holstein ist die ...
Wahlerfolgen ber...
Jetzt steher ... ...en Wahl-
kampf. ... ...n fatale
Fo... abzeichnen,
...zung. Bitte fördern

Diese Einladung lag ohne Zusatz bei uns im Briefkasten. Fahrt also nicht einfach los, sondern informiert euch über mögliche Mobilisierungen und das Verhalten von Dessauer Antifas.

... die DVU auf diesem Wege zu einer
... Veranstaltung mit dem DVU-Bundesvor-
... Sie findet statt

am Samstag, 28. November 1992, um 13.00 Uhr
(Einlaß ab 12.00 Uhr)
in der Gaststätte "Café Föse", Brambacher Str. 43,
O-4509 Dessau - Großkühnau

Dr. Frey spricht zum Thema:

Deutschlands Ausplünderung /
Das deutsche Volk als Melk-Kuh der Welt

Lassen Sie sich diese bemerkenswerte Kundgebung nicht entgehen und kommen Sie mit Freunden, Verwandten und Bekannten.

Dr. Frey freut sich, Sie am 28. November persönlich begrüßen zu dürfen.

Mit den besten Wünschen und Grüßen

Bernd Dröse
DVU-Pressesprecher

Zur Diskussion im antifaschistischen Widerstand:

Redebeitrag vom internationalen Symposium:
"Haben die Deutschen nichts gelernt?"
am 7. und 8.11.92 in Nürnberg zur Reichspogromnacht und den aktuellen Pogromen in der BRD

Während in Berlin die Vorbereitung und dann auch die Durchführung der 8.11.-Mammut-Demo liefen, trafen sich in Nürnberg bis zu 500 Leute bei einem internationalen Symposium. In fünf aufeinander folgenden Foren saßen ZeitzeugInnen der Reichspogromnacht und AktivistInnen aus dem antirassistischen und antifaschistischen Widerstand auf dem Podium. Zu den Themen
-Gegen das Vergessen
-Faschismus und Rassismus heute
-Rassismus und Sexismus (nur für Frauen und Lesben)
-Meinungen aus anderen Ländern
-Was tun?
wurden Referate gehalten. Die TeilnehmerInnen stellten ein breites Spektrum dar, was ihre kulturelle, soziale und politische Herkunft anbelangt (siehe Programm im Interim-Ordner). Darum und wegen der knappen Zeit kam es nur in Ansätzen zur Diskussion. Trotzdem habe ich von der Veranstaltung einen guten Eindruck, weil sie für das Verstehen der Geschichte und der aktuellen Situation hilfreich war.
Hier soll nun ein Redebeitrag dokumentiert werden, der für unsere Diskussion nützlich ist. Er analysiert autonomen antifaschistischen Widerstand, stellt Kriterien für antifaschistische Aktionen zur Diskussion und ergreift die Initiative für ein ANTIFASCHISTISCHES AKTIONSBÜNDNIS, dessen inhaltliche Bereiche und organisatorischen Zusammenhänge vorgestellt werden.

"Liebe Antifaschistinnen und Antifaschisten auf diesem Nürnberger Tribunal über das rassistische Deutschland, wir sind Janne und Burkhard aus Hamburg. Wir sind sehr froh, hier in internationaler Zusammensetzung und insbesondere mit Menschen aus dem aktiven Widerstand an diesem Symposium teilzunehmen. TRUUS MENGER steht uns und mir dabei als Frau aus dem militanten antifaschistischen Widerstand besonders nah. Wir sind Teil einer neuen Generation des militanten Widerstands und stellen uns ausdrücklich in EURE Kontinuität des Widerstands gegen den Nationalsozialismus. Wir sprechen für die Antifaschistische Aktion, ein Diskussionszusammenhang des autonomen antifaschistischen Widerstands, der Anfang der 80er Jahre entstand und schon Ende der 80er Jahre in die Krise kam.
Wir wollen hier die theoretische und praktische Entwicklung des autonomen Antifaschismus kurz darstellen - aus der Sicht der Antifaschistischen Aktion. Im Rahmen dieses Forums ist es uns nicht möglich, die Inhalte autonomer antifaschistischer Politik zu begründen; wir werden sie nur kurz benennen - als Grundlage militanten Handelns gegen alte und neue Nazis. Dabei geht es uns nicht um die Beschwörung von Mythen: Wir wollen an unserer Einschätzung der Kontinuität faschistischer Herrschaft in Deutschland festhalten; wir wollen aus den Schwächen und Stärken des autonomen Antifaschismus lernen und eine neue Perspektive der antifaschistischen Bewegung entwickeln.

Für den autonomen Antifaschismus war der 8. Mai 1945 nicht der Tag der Befreiung vom Faschismus. Es war der Tag des Zusammenbruchs des Nationalsozialismus, der insbesondere die Überlebenden der Arbeits- und Vernichtungslager vor weiteren physischer und psychischer Folter und dem sicheren Tod bewahrte. Der antifaschistische Widerstand und Protest wurde militärisch, politisch und ideologisch von den imperialistischen Befreiern entwaffnet und daran gehindert, den Faschismus zu zerschlagen. **Dieser hat das Jahr 1945 personell, strukturell und institutionell überstanden.** Diese Tatsache war für den autonomen Antifaschismus Grund genug, in den imperialistischen Demokratien nach faschistischer Praxis zu suchen:

Die entwickelte Waffentechnologie der Nationalsozialisten wurde Grundlage neuer Massenvernichtungsmittel. Versuche an Menschen in den nationalsozialistischen Konzentrationslagern bildeten die Grundlage für Folterforschung und die bemannte Raumfahrt. Gentechnologen und Reproduktionsmediziner folgen dem nationalsozialistischen Ideal des "ewigen Jungbrunnen": **Sie degradieren Frauen zum "fötalen Umfeld" ihrer Züchtung besonders intelligenter oder resistenter "Menschenrassen".** Die "Praktische Ethik" des australischen Moralphilosophen Peter Singer aktualisiert die Euthanasie-Diskussion und knüpft an die industrielle Massenvernichtung "unwerten Lebens" im Nationalsozialismus an.

An herrschender Praxis der imperialistischen Staaten wird immer deutlicher, daß der Nationalsozialismus das Pilotprojekt des Imperialismus war und daß Faschismus nicht an der Form der Herrschaft, sondern nur am Inhalt der Politik festgemacht werden muß.

Diese Erkenntnis faschistischer Kontinuität und faschistischer Praxis der imperialistischen Demokratien hat unser Verhältnis zum Staat der BRD bestimmt. Wir konnten der Parole "Wehret den Anfängen!" nicht folgen, weil nicht anfangen kann, was nicht aufgehört hat! **Auf dieser Grundlage an das Gewaltmonopol des Staates zu appellieren, um faschistische Aktivitäten zu unterbinden, schafft Illusionen über diesen Staat.** Das viel zitierte Bild der Blindheit auf dem rechten Auge trügt: Die täglichen rassistischen Angriffe **haben noch einmal das kalkulierte Interesse des Staates an diesem Bündnis von "Mob und Elite" deutlich gemacht:**

- **Die Herrschenden brauchen die Propaganda organisierter Neonazis zur reaktionären Entwicklung des Massenbewußtseins;** so kann sich auch die SPD auf den Druck der Straße berufen, **wenn sie die endgültige Demontage des Asyl-Rechts verlangt.**
- **Die Herrschenden brauchen den Terror organisierter Neonazis, um Menschen anderer Völker zu vertreiben,** die sie nicht profitabel **ausbeuten** oder durch ihre Sondergesetze, tägliche Schikanen und **rassistische Hetze vertreiben können.**
- **Die Herrschenden brauchen die Organisation der Neonazis,** um sich **in der öffentlichen Diskussion und in den Parlamenten als "demokratische Mitte" zu legitimieren,** auch wenn sie heute schon **das alte Programm der "Republikaner" übernommen haben.**
- **Die Herrschenden brauchen die paramilitärische Organisation der Neonazis weniger als Herrschaftsreserve für eine revolutionäre Situation,** die heute kaum denkbar ist, sondern vielmehr zur revanchistischen Provokation an der polnischen Westgrenze.
- **Die Herrschenden brauchen schließlich die zahlreichen Verbände alter und neuer Nazis, um ideologische Verwirrung z.B. in die Ökologie-, die Friedens-, die Frauen- und sozialrevolutionäre Bewegung zu tragen und Kräfte des linken Widerstands zu binden.**

Dieses Kalkül der Herrschenden ist im Wesentlichen aufgegangen: Autonomer antifaschistischer Widerstand wurde fast vollständig kompensiert in der Auseinandersetzung mit alten und neuen Nazis. Zu keiner Zeit ist es dem autonomen Antifaschismus gelungen, zu **einer relevanten politischen Kraft in der Gesellschaft zu werden.** Er hat nicht effektiv eingegriffen in den latenten Faschismus der Gesellschaft; er hat kaum den Kreis autonomer Zusammenhänge verlassen. Viel entscheidender war aber, daß es entgegen eigener Analyse und Anspruch nicht gelang, den Staatsfaschismus zu konfrontieren. Damit wurde der autonome Antifaschismus für den Staat zum kalkulierbaren Faktor in der Kontrolle und Unterdrückung nationalsozialistischer Organisation und Propaganda.

Dieser politischen Schwäche autonomer antifaschistischer Politik steht die Stärke militanter Praxis entgegen. Direkte Aktion ergab sich aus der Notwendigkeit, sich gegen Angriffe der Nazis zur Wehr zu setzen, genauso wie aus der mangelnden Bereitschaft des Staates, nationalsozialistische Strukturen zu zerschlagen. Heute, da die organisatorische Basis der Nationalsozialisten kaum noch mit militanten Aktionen angegriffen wird, ist die Bedeutung dieser offensiven Praxis klar: Nazis wurden aus ihren Treffpunkten vertrieben, ihre Tagungsstätten wurden zerstört, mehrere Versandbuchhandlungen und nationalsozialisische Verlage wurden angegriffen, ihre Fahrzeuge wurden verschrottet oder abgebrannt.

Die meisten Erklärungen zu diesen Aktionen lieferten genaue Informationen über den politischen Hintergrund, den Anlaß, die Einrichtungen und die Funktion der Faschisten. Die Aktionen selbst verstanden sich als Propaganda der Tat gegen die Strukturen des Nationalsozialismus: Detailliert wurden die Mittel und die Ausführung der Aktion benannt, um einerseits Maßstäbe für Genauigkeit und politische Verantwortung zu setzen, um andererseits zu vermitteln, daß militante Praxis kein Spezialistentum, sondern von jeder und jedem machbar ist. Drei Beispiele militanter Praxis sollen hier repräsentativ für mehrere Dutzend stehen:

- Am 11. Dezember 1984 wird ein Brandanschlag auf die "Nothilfstechnische Übungs- und Bereitschaftsstaffel Bergen" verübt. Eine Gruppe, die sich "Macht Feua - Paranoia!" nennt, zerstörte zahlreiche Militärbusse, Jeeps, Anhänger, Kräder etc. Neben der "Wehrsportgruppe Hoffmann" wurde diese paramilitärische Einheit unter der Führung des Bergener Artztes Uwe Jürgens aufgebaut. Auch die umfangreichen Waffenfunde in der Lüneburger Heide durch die Polizei sind dieser Organisation zuzuordnen. In der gleichen Nacht breunt die Tagungsstätte des "Freundeskreises Filmkunst e.V." und der "Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung" aus. In den darauffolgenden drei Jahren konnten daher keine Seminare des "Bundes Heimattreuer Jugend" und anderer faschisticher Organisationen stattfinden.
- In der Nacht des 20. Mai 1989 drangen mehrere Mitglieder eines "Mobilen Antifa-Kommandos" in die Wohnung des faschistischen Ehepaars Worch ein. Ursula Worch spielte in nationalsozialistischen Organisationen wie "Mädelbund" und "Deutsche Frauen Front" jahrelang eine wesentliche Rolle. Christian Worch war in den verschiedenen Organisationen des Michael Kühnen wie "Hansa-Bande", "ANS/NA", "FAP" seine rechte Hand. Als Vorsitzender der "Nationalen Liste" hat er heute wesentlichen Einfluß in der "Gesinnungsgemeinschaft der neuen Front". Er ist zuständig für die Absicherung internationaler Nazi-Treffen und ist als Organisator an vielen rassistischen Überfällen beteiligt. Die beiden Worchs wurden gefesselt und ihr Archiv mit 50 Aktenordnern abgeräumt.

- Am 8.Oktober 1987 wurde der Bohlinger-Verlag in Struckum bei Husum angegriffen. "Militanter Antifaschismus - Rache für Orhan Malik" hat die Verantwortung für diese Aktion übernommen. (Der türkische Arbeiter Orhan Malik ist am 9. April 1986 in Pinneberg nur mit dem Leben davongekommen, weil ihn die vier faschistischen Jugendlichen, die ihn zusammengeschlagen hatten, bereits für tot hielten.) Wir wollen hier einen Teil der Erklärung zitieren, weil sie die politische Verantwortung "Militanter Antifaschisten" einerseits und ihre Entschlossenheit andererseits deutlich macht, die heute aktueller denn je sind:

>>Wir haben das Benzin nicht direkt gezündet, sondern den Anschlag abgebrochen, weil wir den Faschisten sofort getötet hätten...Aus folgenden Gründen haben wir uns dagegen entschieden, Roland Bohlinger zu töten:

1. In unserer Militanz unterscheiden wir nicht zwischen "Gewalt gegen Sachen" und "Gewalt gegen Personen". Wir unterscheiden zwischen Beteiligten und Unbeteiligten. Unbeteiligte wollen wir nicht bedrohen, gefährden oder schädigen. Wer sich jedoch für Recht und Ordnung, als Objektschutz oder Denuziant, in unsere Praxis einmischt, macht sich zum Beteiligten wie jeder Staatsbüttel.

2. Wir organisieren unsere Militanz gegen alte und neue Nazis und ihre Einrichtungen, weil sie sich in die Tradition des "erbgesunden Herrenmenschentums" und imperialistischer Massenvernichtung stellen. In Wort und Tat konzentrieren sie offen das reaktionärste Bewußtsein in diesem Land. Es gibt genug Grund sie mit allen verfügbaren Mitteln zu bekämpfen.

3. Roland Bohlinger ist als entschiedener Rassist und Antikommunist Beteiligter, nicht nur Handlanger sondern seit mehr als 30 Jahren Stütze faschistischer Reorganisation und Propaganda. Den zufälligen Tod angegriffener Faschisten nehmen wir aber nicht billigend in Kauf. Wir wollen ihren Tod vermeiden, solange wir ihn nicht bewußt und unmittelbar herbeiführen.

4. Politischen Mord machen wir von folgenden Bedingungen abhängig:

- Von der politischen Notwendigkeit: Von der objektiven Funktion in ihrem logistischen Aufbau, von der persönlichen Rolle in ihrer organisatorischen Struktur, von der Planung ihrer faschistischen Überfälle.

- Vom politischen Nutzen: Für die Entwicklung antifaschistischen Bewußtseins, für die Entwicklung militanter Praxis, für die Einheit des antiimperialistischen Widerstands.

- Vom politischen Kräfteverhältnis: Von unseren und ihren Strukturen, von unseren und ihren logistischen Mitteln, von unserer Entschlossenheit in der konkreten und generellen Konfrontation.

Auf dieser Grundlage wollen wir die Diskussion um politischen Mord führen.<<

Dieses Zitat richtet sich gegen die immer wieder geäußerten Zweifel, ob militante antifaschistische Politik nicht die Gewaltspirale vorantreibt und sich nicht auf eine Stufe mit den Faschisten stellt. Dieses Zitat macht militante antifaschistische Politik unverwechselbar mit faschistischem Terror und selbst-verständlich als antiimperialistischer Widerstand. Seine politische Moral setzt jeder Willkür klare Grenzen. Nehmen wir diese Kriterien militanter Praxis so ernst wie die Aufforderung zur "Diskussion um politischen Mord" - nicht erst wenn die oder der erste unseres unmittelbaren Zusammenhangs von den Faschisten ermordet wird, sondern jetzt, da MigrantInnen, JüdInnen,Behinderte mit dem Tod bedroht sind und bereits 10 Menschen ermodet wurden.

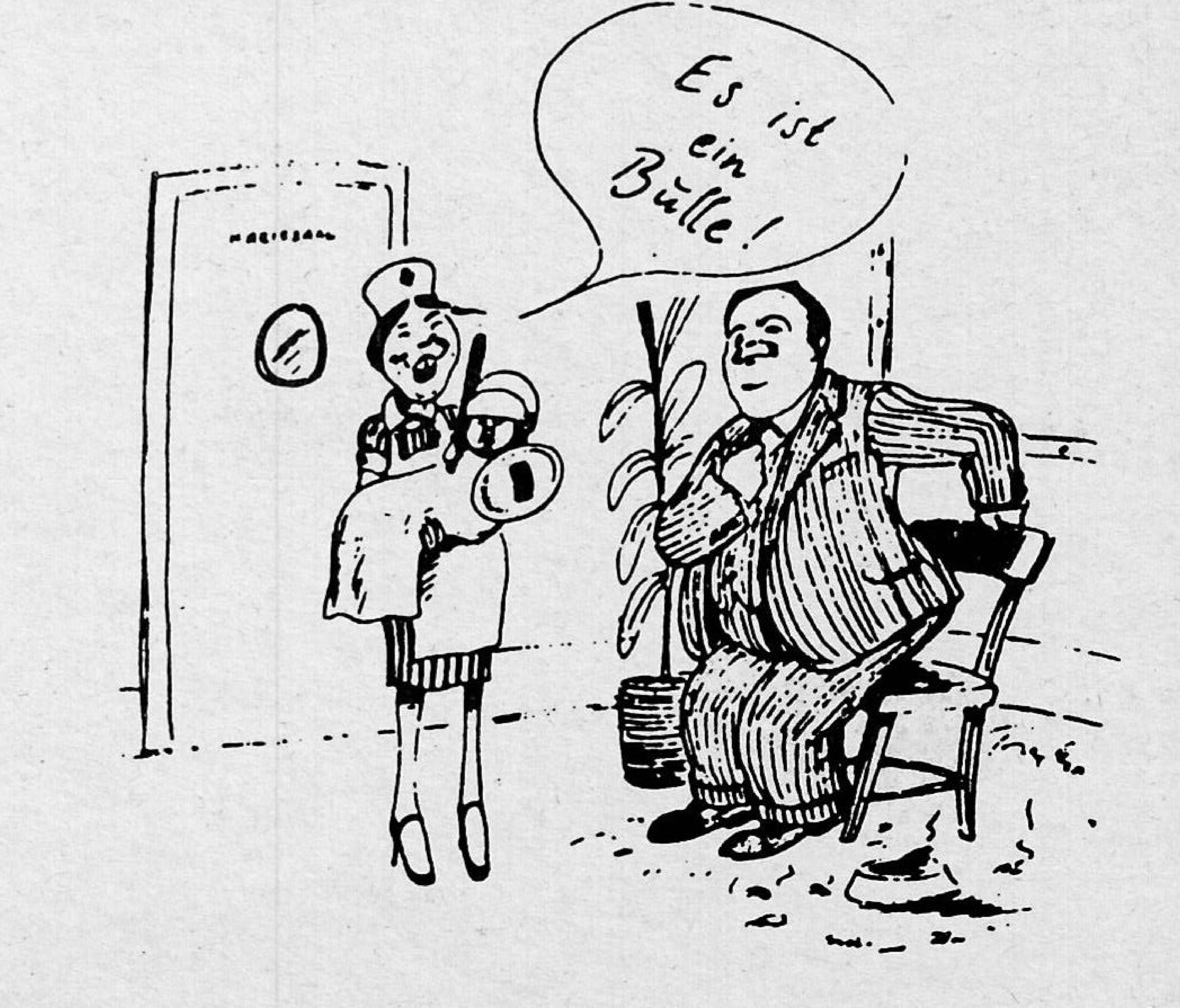
Antifaschistische und antirassistische Zusammenhänge sind bisher nicht über relativ isolierte inhaltliche Arbeitsstrukturen hinausgekommen. Auch die spontane Bereitschaft, nicht länger tatenlos zuzusehen, ist bisher an Konzeptionslosigkeit und Resignation gescheitert bis zur nächsten Eskalation des Terrors der Straße und/oder des Staates. Auch die alten Abgrenzungskämpfe sind bisher nicht überwunden. Daher ergreifen wir jetzt folgende Initiative:

Wir wollen ein ANTIFASCHISTISCHES AKTIONSBÜNDNIS schaffen mit folgenden inhaltlichen Bereichen und organisatorischen Zusammenhängen:

- Geschichtsarbeit: Nie vergessen! Dazu gehören die Verbrechen des Nationalsozialismus wie die Geschichte des antifaschistischen Widerstands, dazu gehören auch Schutz, Pflege und Veranstaltungen zu den Gedenkstätten; dazu gehört der Kampf gegen den Vesuch der Verfälschung antifaschistischen Bewußtseins zum Protest gegen den Totalitarismus (Faschismus = Kommunismus)
- Analyse: Kontinuität und Modernisierung! Dazu gehört das Aufdecken patriarchaler, nationalistischer, rassistischer Strukturen und Inhalte vor 1933 bis und nach 1945; dazu gehört auch die Formierung neu-rechter Ideologie als taktische Variante des Nationalsozialismus, wie auch ihre Nähe und Verschmelzung mit neuen Herrschaftsideologien (z.B. Singers Praktische Ethik)
- Praxis: Recherchieren, verhindern, zuvorkommen! Dazu gehört der systematische Überblick über alte und neue Nazistrukturen und die herrschende faschistische Praxis in Staat und Gesellschaft. Dazu gehören alle Formen der öffentlichkeitsarbeit, der Information, des Protestes und des Widerstands - in gegenseitiger Akzeptanz der unterschiedlichen Mittel verantwortlichen Handelns.

Organisatorischer Ausdruck dieses Aktionsbündnisses soll sein:
- Eine inhaltliche Plattform, die gleichzeitig klare Bestimmung der Politik wie Garantie gegen wechselnde Mehrheiten und Ausgrenzung ist.
- Ein offenes Plenum, das Informationen zusammenträgt und verbreitet - genauso, wie es Anstoß zur inhaltlichen Arbeit und praktischem Handeln gibt.

Dieses ANTIFASCHISTISCHE AKTIONSBÜNDNIS soll Kräfte der radikalen Linken ... bis hin zu solidarischen ChristInnen umfassen."





Maulwürfe aller Länder vereinigt Euch

Landesamt für Verfassungsschutz

BERLIN

Dokumentation

Rechtsextremistische Bestrebungen

in Berlin

- Stand: Oktober 1992 -

Vorbemerkung

Die Dokumentation "Rechtsextremistische Bestrebungen in Berlin" stellt diejenigen Gruppierungen des organisierten Rechtsextremismus vor, die z.Z. vom Landesamt für Verfassungsschutz gemäß seinem gesetzlichen Auftrag schwerpunktmäßig beobachtet werden. Daneben wird in der Dokumentation Stellung zum Prüffall "Militante Skinheadszene in Berlin" genommen. Die verfassungsschutzrechtliche Überprüfung der Partei "Die Republikaner" wurde im August 1991 eingestellt, da keine (neuen) tatsächlichen Anhaltspunkte für rechtsextremistische Bestrebungen im Sinne des Gesetzes über das Landesamt für Verfassungsschutz (LfVG) vorlagen; eine Beobachtung findet nicht statt.

Die unter dem Sammelbegriff Rechtsextremismus zusammengefaßten Parteien, Organisationen oder Gruppierungen zeichnen sich im Gegensatz zu linksextremistischen, auf dem Marxismus-Leninismus oder anderen Gedankengebäuden basierenden Strömungen nicht durch ein geschlossenes theoretisches Bezugssystem aus.

Gemeinsam ist ihnen eine antirationalistische, antiindividualistische, die demokratische Grundüberzeugung von der fundamentalen Gleichheit aller Menschen negierende Haltung und die daraus erwachsende Ablehnung des auf dem Prinzip gleicher politischer Rechte beruhenden demokratischen Verfassungsstaates.

Neuer Nationalsozialismus (Neonazismus)

Neonazis bekennen sich offen zum historischen Vorbild des Nationalsozialismus bzw. zu dessen von den Gebrüdern STRASSER und Ernst RÖHM repräsentierten sozialrevolutionären Flügel.

Repräsentant dieser Richtung des "Neuen Nationalsozialismus" war vor allem der im April 1991 verstorbene Michael KÜHNEN mit seiner "Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front" (GdNF). In der Nachfolge KÜHNENs hat sich keine neue Führungspersönlichkeit herausgebildet, die die Neonazigruppen bundesweit einen könnte. Derzeit bestimmen mehrere neonazistische Führungspersonen in den alten und in den neuen Bundesländern das politische Bild im neonazistischen Lager, das auf der Suche nach einem charismatischen Führer ist.

Unmittelbar nach der Wende in der damaligen DDR konzentrierten sich westdeutsche Neonazi-Organisationen - allen voran KÜHNENs "Deutsche Alternative" (DA) - auf die Arbeit mit ostdeutschen Gesinnungsgenossen und den Aufbau entsprechender Organisationsstrukturen. Neben der DA bauten die "Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei" (FAP) und die "Nationalistische Front" (NF) örtliche Gruppen in den neuen Bundesländern auf, deren Aktionismus und Gewaltbereitschaft dort inzwischen radikaler hervortritt als bei den westdeutschen Neonazis. In oft provozierender Weise treten ost- und westdeutsche Neonazis und ihre Sympathisanten regelmäßig in der Öffentlichkeit auf - manchmal 1.500 bis 2.000 Personen - und lassen sich nicht mehr durch staatliche Verbote, Demonstrationen politischer Gegner und von gewalttätigen Übergriffen durch Linksextremisten zurückhalten.

Bundesweit gibt es etwa 1.500 **gruppengebundene Neonazis** sowie etwa weitere **200 neonazistische Einzelaktivisten**, dazu kommen rund **4.200 neonazistische Skinheads** (1.200 in den westdeutschen, 3.000 in den ostdeutschen Bundesländern) und eine unbekannte Zahl von Gewalttätern, die durch eine Vielzahl von Gewaltakten gegen Ausländer und deren Unterkünfte bundesweit von sich reden machen.

Berlin nahm 1991 in der bundesweiten Statistik der Gesetzesverletzungen mit erkennbarem oder vermutetem rechtsextremistischem Hintergrund einen mittleren, bei den Brandanschlägen auf Ausländer- und Asylantenwohnheime den vorletzten Platz ein.

Rechtsextremistische Gewaltaktionen gegen Personen und Sachen haben in den ersten neun Monaten des Jahres 1992 jedoch auch in Berlin weiter zugenommen und sich gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres fast verdoppelt. Während die beim Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) erfaßten Gewalttaten mit erwiesener oder zu vermutender rechtsextremistischer Motivation bis Ende Oktober 1992 **bundesweit** auf 1.636 (Ostdeutschland: 542, Westdeutschland: 911) Vorfälle, bei denen 11 Menschen getötet wurden, anstieg, **liegt die Zahl in Berlin jetzt bei fast 70 Gewalttaten,** bei denen zwei Menschen ums Leben kamen.

Am 25. April 1992 wurde in Berlin-Marzahn in der Nähe eines Einkaufszentrums ein 29jähriger Vietnamese durch einen Messerstich tödlich verletzt. Als Täter wurde der 21jährige Mike LILLGE festgenommen.
LILLGE gab zu, in angetrunkenem Zustand grundlos eine Gruppe vietnamesischer Händler, die unverzollte Zigaretten verkauften, provoziert zu haben, indem er ihre Kartons umstieß. Als Motiv gab er an, "etwas gegen Schmuggel" zu haben Bei der anschließenden Auseinandersetzung stach LILLGE einen der Vietnamesen mit seinem Butterflymesser nieder.

Anmerkung: Am 8. Oktober 1992 wurde LILLGE, der sich selbst nicht als Skinhead bezeichnet, aber nach eigenen Angaben der rechtsextremistischen DVU nahesteht, in erster Instanz wegen Körperverletzung mit Todesfolge zu einer Freiheitsstrafe von vier Jahren und sechs Monaten verurteilt; das Urteil ist noch nicht rechtskräftig.

Am 29. August 1992 überfielen zwei Skinheads in Berlin-Charlottenburg zwei deutsche Stadtstreicher, indem sie mit einem Baseballschläger auf diese einschlugen; einer der Angegeriffenen wurde dabei so schwer verletzt, daß er am 5. September verstarb.
Die Beschuldigten, die zum Tatzeitpunkt stark alkoholisiert waren, hatten zuerst Ausländer von einem Kinderspielplatz vertrieben und dann die ebenfalls dort aufhältlichen Stadtstreicher angegriffen.

Anmerkung: Gegen den Tatverdächtigen Norman ZÜHLKE (22) ermittelte der Generalbundesanwalt wegen des Verdachts der Gründung einer Teilorganisation des rassistischen Geheimbundes "Ku-Klux-Klan". Das Verfahren wurde mittlerweile eingestellt, da der Nachweis der Bildung einer terroristischen Vereinigung I.S. des § 129 a nicht geführt werden konnte.

Die Gesamtzahl **aller** im Jahre 1992 bekanntgewordenen Gesetzesverletzungen mit rechtsextremistischem Hintergrund ist in Berlin gegenüber dem Vorjahr leicht angestiegen. **Doch haben die fremdenfeindlichen Straftaten einen sehr deutlichen Anstieg zu verzeichnen.** An den fremdenfeindlichen Gewalttaten sind auch weiterhin zahlreiche Skinheads beteiligt, wenngleich das Schwergewicht ihrer Aktivitäten im Umland Berlins zu liegen scheint.

Unter Berücksichtigung der jüngsten fremdenfeindlichen Anschläge und Ausschreitungen in Rostock und der Folgeaktionen in anderen Orten **ist zu befürchten, daß dieser nach oben zeigende Trend sich auch in Berlin weiter fortsetzen könnte.** Der inzwischen aufgeklärte Sprengstoffanschlag auf das jüdische Mahnmal in Tiergarten am 30. August 1992 sowie die Anfang September 1992 erfolgten Brandanschläge auf ein Wohnheim für Vietnamesen in Hohenschönhausen belegen dies. Auch der Brandanschlag auf die jüdische Gedenkstätte in Sachsenhausen bei Berlin vom 25./26. September 1992 weist mit aller Deutlichkeit in diese Richtung.

Die Anzahl der bekannten aktiven **Neonazis in Berlin** ist in den letzten Jahren ständig gestiegen. **Seit 1990 hat sich ihre Zahl, die heute über 200 beträgt, fast verdoppelt.**
Auch die Zahl gewaltbereiter, rechtsextremistisch motivierter Skinheads ist inzwischen auf fast 300 angestiegen. Unter ihnen sind 70, die aufgrund ihrer auf Dauer angelegten neonazistischen Aktivitäten, ihrer Verbindungen zur Neonazi-Szene oder ihrer Mitgliedschaft in Neonazi-Gruppen als aktive Neonazis eingestuft werden.

Das gesamte hier bekannte neonazistische Spektrum Berlins - Neonazis, neonazistisches Umfeld und rechtsextremistische Skinheads - dürfte inzwischen auf 600 Personen angewachsen sein mit einem harten Kern von weit über 100 militanten, d.h. bereits gewalttätig aufgefallenen Aktivisten.

Nach wie vor bilden die 18- bis 25jährigen mit 70 bis 75 % die Hauptgruppe der Neonazi- und rechtsextremistischen Skinhead-Szene Berlins. Die unter 18jährigen spielen nach den Beobachtungen innerhalb rechtssextremistischer Bestrebungen eher eine untergeordnete Rolle (10 % bei Skins, 2 % bei Neonazis). Daraus ist zu schließen, daß die aktive Hinwendung dieser jungen Menschen zum Neonazismus überwiegend nach Erreichen des 18. Lebensjahres erfolgt. Mit zunehmendem Alter lassen rechtsextremistische Gewaltbereitschaft und Neonazismus deutlich nach. Über 35 Jahre alt sind bei den aktiven Neonazis nur noch 5 %, bei den Skinheads nicht einmal 1 %.

Die Gefahr, daß sich noch orientierungslose Jugendliche aus den östlichen Bezirken Berlins bestehenden Neonazi-Gruppen zuwenden oder eigenständig rechtsextremistisch aktiv werden, wächst in dem Maße, wie Perspektivlosigkeit, das Fehlen ethischer Bindungen, mangelnde Freizeitangebote und daraus resultierende anhaltende Langeweile nicht spürbar abgebaut werden.

Zur Situation nach den Ereignissen in Rostock

Nach hier vorliegenden Erkenntnissen waren Aktivisten der in Berlin ansässigen **neonazistischen Organisationen** wie "Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei" (FAP), "Nationalistische Front" (NF) und "Deutsche Alternative" (DA) mit ihren Gesinnungsgenossen **nicht an Ausschreitungen** gegen Asylantenunterkünfte **in Berlin und Umgebung beteiligt**. Es wurde auch nicht aktiv Stimmung in den Gruppen gemacht, Asylantenwohnheime anzugreifen.

Die Kontrollen der Polizei in der Nacht zum 6. September 1992 im Umfeld von Asylbewerberunterkünften und Ausländerwohnheimen, u.a. im Bezirk Hohenschönhausen, aus Anlaß tatsächlicher oder begründet zu vermutender Aktionen waren unter den etablierten Neonazis kein Thema. Eine vorläufige Auswertung von Polizeiunterlagen über die im Bereich derartiger Einrichtungen vorgenommenen Identitätsprüfungen ergibt folgendes Bild:
Es handelt sich überwiegend um **Jugendliche aus dem jeweiligen Wohnbereich**, von denen die allermeisten - soweit bekannt - **keinen Kontakt zu neonazistischen Gruppen** bzw. zur rechtsextremistischen Skinhead-Szene haben. Unter den Überprüften befinden sich allerdings etwa 10 Skinheads, die wegen Körperverletzung, Sachbeschädigung in Verbindung mit Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen und aktiver Fremdenfeindlichkeit bekannt geworden sind.
Ein Skinhead ist Mitglied der neonazistischen "Deutschen Alternative" (DA).

Die Situation innerhalb der Neonazi- und der rechtsextremistischen Skinhead-Szene ist als angespannt zu bezeichnen. Mit Versuchen, aggressive Jugendliche als Verbündete für gemeinsame fremdenfeindliche Aktionen zu gewinnen, muß gerechnet werden. Nicht zuletzt durch zahlreiche einschlägige Berichte in den Medien im Rahmen der öffentlichen Kontroverse über die Ausländerpolitik sind Ausländerunterkünfte in das Blickfeld Ostberliner Jugendlicher getreten.

Die in den Neubaugebieten Hohenschönhausen, Hellersdorf und Marzahn unter den Jugendlichen herrschende Langeweile, Arbeitslosigkeit und fehlendes Freizeitangebot, so wird vor Ort berichtet, führen zu öffentlichem Herumlungern und münden dann - verstärkt durch den Konsum alkoholischer Getränke - in **Aktionen gegen Ausländerunterkünfte. Eine zentrale, insbesondere überregionale Steuerung dieser Angriffe aus rechtsextremistischen Kreisen gibt es - soweit hier bekannt - nicht.**

Den Rest des Papieres findet ihr im Ordner!

«Der Pannwitzblick:» Ein Filmessay zu Gentechnologie und Euthanasie

Dich machen wir anders!

WoZ Nr. 41, 9. Oktober 1992



er Pannwitzblick sortiert aus, richtet, er entscheidet in Sekundenschnelle, was gesund ist und was krank. Anzutreffen ist er in Geschichte und egenwart, ihn zu entlarven schickt sich der neue Film von Didi Danquart an.

Der Pannwitzblick, das ist der Blick des Nazi-Ingenieurs Pannwitz, der Arbeitssklaven für seine Kriegsforschung selektioniert. Der Pannwitzblick ist der Blick von oben, er ist mächtig. FilmerInnen von der Medienwerkstatt Freiburg sind diesem Blick nachgegangen, in Filmen der Nazis zur «Rassenhygiene», in neueren Dokumenten zu Eugenik und Euthanasie, in Gesprächen mit Behinderten. Mit Bild, Wort und Musik analysieren sie das Verhältnis zwischen Abbildenden und Abgebildeten. Entstanden ist ein Film, getragen von offener Solidarität, mit poetischen Qualitäten. Mit ein Grund, warum «Der Pannwitzblick» 1991 den Deutschen Dokumentarfilmpreis erhielt.

Von Jürg Wehren

Unsere Augen, so lernten wir als Kinder, seien ein Spiegel der Seele, Fenster, durch die andere in unser Inneres, wir ins Innere von andern blicken könnten. Dann gingen wir in unserer Kinderwelt herum und suchten in den Blicken derer zu lesen, die uns begegneten. So lernten wir, lernten Zorn, Unsicherheit, Schalk, Zärtlichkeit, Mut und Trübsal und Scham, auch Liebe in Augen-Blicken auszumachen, um schliesslich, als unsre Kreise weiter wurden, in Augen auch zu erschrecken: Da fiel der neugierige Blick in einen Schacht ohne Grund, wie wir ihn sonst nur zitternd träumten, in stumpfe Leere, versteinerten Dünkel, Lieblosigkeit und Menschenverachtung. Und wir fürchteten nichts mehr, als dass auch wir imstande wären, andere so anzuschauen.

★

Dr. Ing. Pannwitz machte sich 1944 in den Buna-Werken von Monowitz, einer Filiale der IG-Farben in unmittelbarer Nachbarschaft von Auschwitz und Birkenau, auftragsgemäss an die kriegswichtige Produktion von synthetischem Gummi. Unter den Arbeitssklaven des «Chemiekommandos 98» selektionierte er den Turiner Chemiker Primo Levi für die Arbeit im Labor. Der Blick des Ariers rettete Levi zwar das Leben; dieser Blick liess ihn aber zugleich an den Menschen zweifeln. Er brachte sich 1987 um. In seinem Buch «Ist das ein Mensch?» beschreibt er den Blick, der «wie durch die Glaswand eines Aquariums zwischen zwei Lebewesen getauscht wurde, die verschiedene Elemente bewohnen».

Didi Danquart von der Medienwerkstatt Freiburg im Breisgau hat den dokumentarischen Montagefilm «Der Pannwitzblick» Primo Levi gewidmet. Es geht darin um die Auseinandersetzung mit alter «Rassenhygiene» und neuer Eugenik und Euthanasie. Das klingt fürchterlich und soll es auch. Wer sich den Film trotzdem anschaut, wird aber weggetragen von einer dichten, eindringlichen, eigen- und einzigartigen Filmsprache, einer ungebrochenen umfassenden Bewegung gegen die erstarrte Statik der gewaltsamen Normierung von Menschen.

★

Warum tippe ich nicht mit der Nase? Weil es mit zehn Fingern leichter geht, weil ich es bei andern auch immer so gesehen habe. Warum tippt Theresia Degener nicht mit zehn Fingern? Weil sie keine Finger und keine Hände und keine Arme hat. Und sie schreibt mit ihrem rechten Fuss viel schneller als ich mit beiden Händen. Warum tippt Wolfgang Röcker mit einem Mundstäbchen, Udo Sierck hingegen mit dem Zeigefinger der rechten Hand, deren Gelenk er mit der linken festhält, obwohl es sich doch bei ihnen, wie ich irgendwo las, um «zwei Spastiker» handelt, also eindeutig um Exemplare derselben Spezies? Warum bekommen wir nicht zu sehen, wie Nati Radke schreibt, die querschnittgelähmt ist und mit den andern drei behinderten Menschen im Zentrum von Danquarts Film steht?

Vielleicht, weil nicht wichtig ist, wie eineR schreibt, sondern was er oder sie mitzuteilen hat, was mitgeteilt wird. Die gesellschaftliche Norm aber unterstellt mir Glück und den vier Genannten Leid und Leiden lebenslang, auch dann, wenn ihre Köpfe vor Lebenslust sprühen und ich meinen hohl und leer durchs Leben trage.

Sie leiden. Ihnen muss also geholfen werden, damit sie weniger leiden. Am allerwenigsten leiden sie natürlich, wenn es sie gar nicht mehr gibt, wie der Ethikprofessor Peter Singer Danquart gegenüber treuherzig doziert. Und er zaubert den Vergleich mit Kaninchen aus seinem Doktorhut, die genauso ein Recht zu leben hätten und doch getötet würden.

Genug. Hier muss ein Schnitt sein. Hier braucht es das Denken von unten, aus dem Rollstuhl nach vorn. Wolfgang Röcker: «Wie kann man denn entscheiden, von dem und dem Zeitpunkt an ist das kein Mensch mehr?» Das Denken nach vorn geht nicht ohne die Erinnerung zurück. Das hat er doch schon mal erfahren, als kleiner Junge während des Nationalsozialismus, das soll nicht vergessen gehn: Wie da ein eigenartiger Arzt das Heim besichtigte, die behinderten Kinder ganz kurz musterte, diese und jene zur Seite nahm: «Du möchtest doch auch ganz gern gehen können wie die andern Kinder, komm mit, wir geben dir nur eben mal eine Spritze ...» Und keins von den Glücklichen haben sie je wiedergesehen.

An zahlreichen Sequenzen aus Propaganda- und «Aufklärungs»-Filmen aus den dreissiger und vierziger Jahren wird die mörderische Konsequenz des nationalsozialistischen Triage-Blicks aufgezeigt. Schon in «Erbkrank», einem Streifen des «Rassenpolitischen Amtes der NSDAP» von 1935, zeichnet sich die industrielle Menschenvernichtung ab. Die Kamera fährt auf eine Anstalt zu, ein öliger Kommentar rühmt die Vorzüge des Ortes und der üppigen Verpflegung; da ist es natürlich nur schade, dass die falschen Leute davon profitieren, die Lebensuntüchtigen, unheilbar Kranken. Die Kamera ist in die Anstalt eingedrungen und fällt nun über die PatientInnen her, Leiber werden hochgerissen, Glieder verrenkt, Gesichter so belichtet oder vielmehr beschattet, dass fast gar nichts Menschliches mehr in ihnen bleibt, nur noch gespenstische Verödung und Verblödung. Der Kommentator gibt zu bedenken, dass viele dieser Untermenschen ein hohes Alter erreichen würden, wenn sie auf Kosten der Gesunden gehätschelt würden. Zuletzt die drohende Frage: «Soll es so weitergehen? Sonst geht unser herrliches Volk und seine Zukunft zugrunde!» Zwischen den beiden Sätzen fällt das Tor ins Schloss, die Kamera zieht sich zurück, man will ja nicht den Genozid festhalten, der drinnen beginnt.



Die unentbehrliche Spracharbeit von Christian Geissler in diesem Film. Er begleitet uns in kühnen Bögen durch all den Dreck, durch all die Abgründe bösartigster Sehweisen, und lässt uns wieder und wieder über die Art des eigenen Blicks nachdenken. Wie, ein Gesicht sei derart entstellt, dass es keine menschlichen Züge mehr habe? Aber die Augen, um sie lässt sich doch auch das am meisten erniedrigte Gesicht gar nicht bringen? Geissler: «ich seh ich seh / was du nicht siehst / ich seh ich seh / was du nicht siehst / es sieht weiss aus / ich seh ich seh / was du nicht siehst / es sieht weiss aus / der schnee der schnee / ich seh ich seh / was du nicht siehst / es sieht weiss aus / der schnee der schnee / das zyklon b.»

Und es muss die Rede sein von der genauso unentbehrlichen Musik des Komponisten Cornelius Schwehr. Vom ersten Ton bis zum vollständigen Zitat im Nachspann beruht seine musikalische Auseinandersetzung mit Danquarts Film auf der Filmmusik, die jener Szene im Euthanasie-Melodrama «Ich klage an» (1941) unterlegt ist, in der die unheilbar erkrankte Frau von ihrem Gatten aus Liebe umgebracht wird. Auch wem dies, wie mir, nicht gleich auffällt, dem mag doch diese wider den Strich gebürstete Musik die Sinne schärfen helfen: Sie begleitet nicht – genausowenig wie Geisslers lyrische Sprache lehrerhaft benennt –, was gesehen werden soll: Beide vertrauen auf die den Bildern innewohnende eigene Sprache und stellen dieser ihre je eigene künstlerische Umsetzung gleichwertig zur Seite.



Der Pannwitzblick ist der stumpf-scharfe Blick von oben herab, er hat, so Udo Sierck ganz lapidar, «mit Macht zu tun». Was sich dabei «oben» wähnt, kann durchaus objektiv ziemlich «unten» sein: Es geht recht oft der Pannwitzblick vom Arbeitslosen mit Schweizer Pass hin zum ausländischen, obwohl doch beide in derselben Schlange anstehn. Und es geht auf leerer lichtloser Strasse vielleicht derselbe Blick auch vom ausländischen Mann über irgendeine Frau, egal welche Haut- und Passfarbe sie hat.

Kaum jemand schaut hin, um sich ein eigenes Bild zu machen. Man stiert, fotografiert, filmt, um sich vorgefertigte Bilder zu eigen zu machen, sie in sich und andern zu zementieren. Romeo Rey (TA vom 26. 9. 92): «Mit leeren Augen starrte der 'Presidente Gonzalo', wie seine Anhänger ihn nennen, an der Kamera vorbei, als er zum erstenmal hinter Gittern von den Massenmedien abgelichtet wurde ... Wer Wind sät, wird Stürme ernten. Der Big Boss des Terrors, der so viele in Panik versetzt hat, kann jetzt vor lauter Angst kein Auge mehr zutun.» Rey hat nur eine Kamera gesehen: es gab aber Hunderte, nur eben, sie nahmen den bärtigen, etwas gebückten Intellektuellen im eigens für diesen Anlass angefertigten Tigerkäfig aus vorgegebener Perspektive ins Visier.

Der mediale Pannwitzblick macht uns zu Komplizen, zwingt uns die herrschende Perspektive auf. Nur durch die radikale Infragestellung des eigenen Blicks ist es denkbar, sich der Übermacht der Bilder von oben bewusst zu werden, eigene Bilder zu finden und dagegenzusetzen.

Didi Danquart hat sich für seinen Film zweieinhalb Jahre Zeit gelassen; mit allen Beteiligten hat er eine Weile zusammengelebt, bis sie ihm ihr Vertrauen schenken mochten. Er filmte sie nie aus einer braven, immer aber aus einer durch und durch solidarischen Perspektive. Seine Kamerafahrten sind ruhige, umfassende Gebärden. Manchmal steht die Kamera auch still und wartet, dass etwas geschieht.



Theresia Degener kam contergangeschädigt zur Welt. Sie hat keine Arme: eine Herausforderung für die Prothesenbauer. Sie rücken dem Mädchen auf den Leib, vermessen es, schnallen ihm Arm-Surrogate um, lassen es damit tagelang Mehl von einem Teller in den andern schöpfen (wenn sie sich unbeobachtet wähnt – sie ist es nie, eine Kamera überwacht sie dauernd –, macht sie den Unsinn flink mit den Füssen; also wird sie in Schnürstiefel gezwängt). Ihre Peinigung erinnert durchaus an die versuchsweise Folterung einer «viereinhalbjährigen Mikrozephalin» durch einen sadistischen Nazi-Arzt, das grässlichste Dokument in Danquarts Film. Am Ende wird Theresia, die am liebsten mit Affen spielte und Hosen trug, vorgeführt als ein niedliches Mädchen mit Röckchen und Püppchen.

Theresia Degener hat den Film jahrelang zu vergessen versucht und jetzt endlich hervorgeholt. Wir sehen ihn auf einem kleinen Monitor, den eine Hand uns wie einen Spiegel vorhält.



Vielleicht hätte es genügt, zu sagen: In diesem Film dürfen wir lernen. Wer erst, wie ich, Mühe hat, Udo Siercks Sprache zu verstehen, soll auf die Wolken achten, die hinter ihm über die Leinwand segeln. Aus einer Schweinsgestalt wird ein Büffel, daraus endlich ein Elefant. Am Ende dann, Udo, nun längst ins Bild geschritten, Nati Radke im Rollstuhl mit dabei, verstand ich mühelos jedes Wort: «Wenn du die Gesichter anguckst von den Leuten, die einen sehen, dann merkst du, wo das eigentliche Leiden steckt: In den Köpfen.» ■

«Der Pannwitzblick» hat (im Rahmen der Veranstaltungsreihe gegen Gentech der Roten Fabrik) am 9. Oktober um 18.30 Uhr im Kino Morgental, Zürich-Wollishofen, Premiere

Im Verlag Libertäre Assoziation ist ein Buch (mit Beiträgen von Theresia Degener, Udo Sierck, Karlheinz Roth u. a.) in Vorbereitung: «Der Pannwitzblick – Materialien zum Film der Medienwerkstatt über die Entwicklung von der NS-Euthanasie zur aktuellen 'Sterbehilfe'-Debatte»

Heißer Herbst in Griechenland

(TATblatt)

1. Was geschah.

In Griechenland finden die radikalsten Kämpfe von Arbeitenden und Arbeitlosen statt, die Europa derzeit zu verzeichnen hat. Sie sind länger, zäher und härter als der bisherige Widerstand in Italien. Im Gegensatz zu den italienischen Richtungsgewerkschaften — das heißt den parteizugeordneten und zu einem Bund zusammengeschlossenen Gewerkschaften, die sich erst nach und nach unter dem Druck der Basis zur Protestform des Generalstreiks bewegen ließen (wobei das wesentliche Agens in Italien die immer stärker werdenden Basisorganisationen sind) und die sozialpartnerschaftlich zusammen mit Regierung und Unternehmerverband das Austeritypaket mitbeschlossen haben, sehen sich die offiziellen Gewerkschaften Griechenlands in Opposition zur europäischen Wirtschaftspolitik des konservativen Ministerpräsidenten Mitsotakis und sind also auf der anderen Seite der Barrikade. Es handelt sich hierbei um die GSEE (Jenikí Sinomospondía Ergáton Elládos, Allgemeiner Griechischer Arbeiterbund), die 600.000 Mitglieder zählt und die ADEDY, die Gewerkschaft der BeamtInnen und Öffentlichen Angestellten mit ihren 200.000 Mitgliedern.

Die erste harte Auseinandersetzung begann Ende Juli, nachdem die Regierung beschlossen hatte, die Athener Verkehrsbetriebe (EAS) zu privatisieren, was eine Existenzbedrohung für die 8000 ArbeiterInnen der EAS bedeutet. Die Reaktion darauf war: 45 Tage lang war Athen ohne Autobusse! (Das ist der Stand von 17. September, darüber hinaus haben wir keine Nachrichten).

Anfang September wurde von der GSEE ein 24-stündiger Generalstreik ausgerufen, zusätzlich dazu streikten die Bankangestellten, die PostlerInnen; auf den Unis streikte das Lehrpersonal gegen ein neues verschärftes Universitätsgesetz! 86 ArbeiterInnen, die einen Noteinsatz versahen, wurden entlassen! Dazu lagen tagelang weite Teile des öffentlichen Dienstes lahm. Von enormer Auswirkung waren die Streiks der ArbeiterInnen der Elektrizitätswerke Griechenlands (DEH). Ganze Regionen waren ohne Strom, die Produktion war auf ein Minimum gesunken — die Industrie und die Rechtsregierung Mitsotakis' waren gelähmt. In den rechten Zeitungen wurde demagogisch übertrieben, wie Nahrungsmittel und Medikamente nicht ausgeliefert werden konnten und kaputtgingen. Und noch mehr versuchten sie, die Leute damit zu schrecken, welche Auswirkungen die Abschaltung des Stroms in den Spitälern habe — dies gehört in Griechenland zum Standardrepertoire der Hetze gegen Gewerkschaften und die politisch sehr aktiven und bewußten ArbeiterInnen im Gesundheitssektor. Es dürfte allerdings zusätzliche inflationäre Stromunterbrechungen durch die Elektrizitätswerke gegeben haben — der Vorsitzende der Gewerkschaft der ElektrizitätsarbeiterInnen zumindest hat die Firma angezeigt: sie habe mutwillige Stromunterbrechugen verursacht. Daraufhin wurde Strom aus Bulgarien importiert.

Nun drohte die Regierung mit gezielten Arbeitsverpflichtungen, um den Streik so niederzuzwingen.

Am 8. September glich das Zentrum Athens einem Schlachtfeld. Tränengas, Steine, Knüppel, Verwundete! Diesmal wurden Gewerkschaftsfunktionäre verhaftet! Die Wut der Ordnungskräfte entlädt sich gegen die Gewerkschaft der BauarbeiterInnen. Mehrere hundert BauarbeiterInnen hatten demonstriert und verlangt, mit dem Wirtschaftsminister Stefanos Manos zu sprechen. Sie wollten sich mit ihm über das neue Pensionsgesetz und die Kürzung der Arbeitslosenhilfe auseinandersetzen. Die Antwort darauf: die Sondereinheit MAT verhaftet 7 Demonstranten, darunter den Vorsitzenden der BauarbeiterInnengewerkschaft Kirassoulis — er ist auch Mitglied des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Griechenlands.

Das Angebot der GSEE, mit der Regierung zu verhandeln, wurde von dieser Anfang September abgelehnt. Die Intransigenz Mitsotakis'ging so weit, daß er sogar ein vorgeschlagenes sozialpartnerischer Modell ablehnt. Unternehmerorganisationen hatten mit der Gewerkschaft eine beidseitige Besetzung der Verwaltungsgremien der Sozialversicherungsanstalten paritätisch durch Vertreter des Unternehmerverbandes und die Gewerkschaften vereinbart. Ein diesbezügliches Treffen zwischen Mitsotakis und UnternehmerInnenverband scheiterte. Die Antwort der ArbeiterInnen darauf: ein 48-stündiger Generalstreik am 9. und 10. September.

Zu dem Zeitpunkt waren die Banken seit 10 Tagen geschlossen, die Stromproduktion, wie geschildert, lahmgelegt. Im Fernmeldewesen ist nur Notpersonal eingesetzt, die Universitäten sind geschlossen, zahlreiche Fakultäten besetzt.

Am Generalstreik beteiligten sich etwa 70% der ArbeiterInnenschaft; kleinere, teils auf Branchen beschränkte landesweite Einzel-Generalstreiks finden jede Woche oder alle zwei Wochen statt. Nach einer Meinungsumfrage der Athener linksliberalen Tageszeitung Elftherotipía sympathisieren 65% der Bevölkerung mit dem Generalstreik, obwohl sie davon auch direkt betroffen sind, und die Hauptstadt seit eineinhalb Monaten beinahe stillsteht. (Zeitpunkt gegen Ende September) Die Zustimmung zur Politik der Regierungspartei, die nach Meinungsumfragen vor 2 Jahren bei 38% lag, ist auf 22% gesunken.

Als am 12. September Mitsotakis in Saloniki eine Rede hielt, in der er seine Pläne verteidigte, die Inflation zu senken, das Budgetdefizit zu reduzieren und schließlich versprach, es werde keine neuen Steuererhöhungen geben, und die Investitionen würden steigen, da versuchten 4000 der 8000 von Kündigung bedrohten ArbeiterInnen der Athener Verkehrsbetriebe nach Saloniki (!) zu gelangen, um dort eien Kundgebung abzuhalten. Aber sie wurden bereits am Stadtrand aufgehalten. Daraufhin wurde auf die ArbeiterInnen eine 600-köpfige Sondereinheit angesetzt, die Sache wollte schon bedrohlich eskalieren, da überredete die GSEE die ArbeiterInnen, nach Hause zu gehen, da sie ein Blutbad befürchtete. (So zumindest die Version des manifesto-Korrespondenten Pavlos Nerantzis.)

Mitsotakis hat einen Bürgerkrieg auf Sparflamme entfacht, physische Auseinandersetzungen zwischen Polizei, Demonstrierenden, streikenden Arbeiter- und StreikbrecherInnen sind an der Tagesordnung. In Athen demonstrieren fast täglich ArbeiterInnen und Entlassene, täglich gibt es Verwundete und Verhaftete.

Durch zahlreiche einschneidende Regierungsmaßnahmen sind vor allem zwei Kategorien betroffen: auf der einen Seite diejenigen, die durch ihre ziemlich mächtigen Interessensvertretungen bisher nicht nur ziemlich geschützt waren, sondern auch beachtliche Lohnerhöhungen erkämpft hatten, auf der anderenSeite die zahlreichen Marginalisierten, die Entlassenen/Arbeitslosen und die Pensionisten.

2. Warum es geschah.

Zu den Maßnahmen der ND-Regierung gehören: die Erhöhung der Sozialabgaben, die Erhöhung des Pensionsalters (wie in Italien auf 65 Jahre (Anm.: bis ma nimma kräun kann), das Arbeitslosengeld wird reduziert. Die staatlichen Ausgaben für Pensionen und Gesundheitswesen sollen um 30% gekürzt werden! Insgesamt sollen jährlich 170 Milliarden Drachmen aus öffentlichen Mitteln gekürzt werden. Allein die Pensionskonterreform soll bewirken, daß in den kommenden drei Jahren umgerechnet etwa 30 Milliarden Schilling (!) "eingespart" werden.

Das Überleben der Alten und Kranken liegt nicht mehr im öffentlichen Interesse. Die IKA, die staatliche Versicherungsanstalt, wird zum Jahresende ein Defizit von 450 Milliarden Drachmen aufweisen.Der öffentliche Sektor soll "reorganisiert" werden. Im Klartext: 10% der BeamtInnen sollen abgebaut werden — das sind 60.000 Posten. Die BeamtInnen und Angestellten im öffentlichen Dienst, die ja, mindestens so sehr wie in Italien, eine parteistabilisierende Klientel darstellen, wurden bisher von einer Stelle zur anderen zwangsverschoben, was die ADEDY in den vergangenen Monaten zu zahlreichen Protestaktionen veranlaßte. Sparmaßnahmen wurden von Brüssel bisher mehrere Male angeordnet: bisher wurden sie von der Regierung bloß verschoben.

Das derzeitige Budgetdefizit beträgt

21% des Bruttoinlandsprodukts. Das Diktat von Brüssel und IWF: bis 1993 soll es auf 6% hinuntergedrückt werden.

Der OECD, das statistische Weltamt der Kapitalisten (genannt Organisation für wirtschaftliche Kooperation und Zusammenarbeit) stellt in einem jüngst herausgegebenen Bericht folgendes fest: "Diese Maßnahmen weden langfristig nicht greifen. Es ist sehr wahrscheinlich, daß die dramatische Verspätung Griechenlands noch zunehmen wird. Die Institutionen müssen im Hinblick auf die (so wörtlich!) etablierten Interessen mehr Entschlossenheit beweisen."

Die Inflation hielt zu Ende 1991 bei 17,8%. Die Vorgabe der Regierung: bis Ende 1992 soll sie auf 13% runtergedrückt werden. Die Arbeitslosenrate liegt landesweit bei 10%!

Die Maßnahmen, die bereits jetzt in die Wege geleitet wurden, haben zu unerträglichen Preissteigerungen geführt, besonders im vergangenen August. Das drastischste Beispiel waren die Treibstoffpreise, die um 40% erhöht wurden. Der Reallohn ist in diesem Jahr um 18% gesunken!

Die Interessen des Kapitals und seiner Konsolidierung konnten durch die bisherigen Maßnahmen bereits in hohem Maße gesichert werden: in den letzten drei Jahren sind die Profite der Unternehmen um 40% gestiegen; im Vergleich zu 1986 um 232%! Schließlich gab Ende September der griechische Finanzminister bekannt, daß Griechenland auch am Europäischen Währungssystem teilnehmen wird.

3. Weitere Disaster.

Zusätzlich zu dieser Streikwelle, die seit dem Zusammenbruch der griechischen Junta ihresgleichen nicht gesehen hat, nehmen in grauenerregendem Ausmaße Umweltverbrechen und Arbeitsunfälle zu.

Am 5. September ist ein Gebiet im Norden von Athen, dessen einzige grüne Lunge, wie es genannt wird, nach einem zwei Tage und zwei Nächte dauernden Großbrand völlig zerstört worden. Wie bereits mehrere Male in der Vergangenheit, handelt es sich auch hier um vorsätzliche Brandstiftung, und zwar durch die Baumafia. 50.000 Hektar Wald wurden vernichtet. Dabei gingen Häuser und Schafweiden zugrunde. Die reiche Flora und Fauna wurde vernichtet. Zahlreiche Dörfer sind davon betroffen! Die Regierung hat sich in dieser Situation durch durch ein absolutes Fehlen von Koordination und vollkommene Ineffizienz ausgezeichnet.

Bei einem Brand in der Raffinerie Petrol, die in einem Vorort von Athen gelegen ist, starben 7 Arbeiter, und 30 wurden verwundet, ganz abgesehen von den zahlreichen Sachschäden. Die Bürgermeister der Anrainergemeinden und die Opposition (SozialistInnen und KommunistInnen) hatten seit langer Zeit auf die Gefährlichkeit der veralteten Anlagen hingewiesen und die Verlegung in Zonen mit höherer Sicherheit gefordert. Eigentümer des Werkes ist der Reeder Laksis, ein persönlicher Freund des Ministerpräsidenten.

Opposition gegen dessen Politik beginnt sich auch in dessen eigenen Regierungs- und Parteireihen zu regen. Evert, Kanellópoulos und Dimas, drei der höchsten Exponenten der Regierungspartei Nea Dimokratía — alle drei ehemalige Minister — richteten an den Premier gar ein Protestmemorandum.

Griechenland zeigt wieder Züge einer Folterdiktatur.

Am 24. Juni dieses Jahres kam in London ein Amnesty-Bericht heraus, durch den weltweit publik wurde, daß allein im vergangenen Jahr 1991 465 Menschen in griechischen Gefängnissen Opfer von Mißhandlungen durch Polizei und Aufsichtsbeamte waren. In dem 55 Seiten langen Bericht heißt es weiterhin, daß die Polizei systematisch den Kontakt zwischen den Verhafteten und ihren Rechtsanwälten verhindert, bis sie gestehen, und eben zur Erzielung von Geständnissen werden häufig Foltermethoden eingesetzt. Unter den Fällen sind solche, die mit Elektroschock behandelt werden. Ein 26-jähriger türkischer Flüchtling, Soulciman Achtiar, wurde im Jänner dieses Jahres von der Athener Polizei im Gebäude der Drogenbehörde zu Tode geprügelt. Die großen Bosse des Drogengeschäftes aber läßt man laufen. Die Justiz ist derzeit unter Beschuß: mehrere internationale Drogenbosse wurden vorübergehend auf freien Fuß gesetzt.

Trotz einer steigenden Anzahl von Anzeigen gegen die mißhandelnden Ordnungskräfte wurde von der Regierungspartei Nea Dimkratia kein einziges Disziplinarverfahren in die Wege geleitet!

Die Reaktion der Mitsotakisregierung auf den Bericht war eine einzige Frechheit. Sie wies die Anschuldigungen von AI einfach zurück. Der Minister für Öffentliche Ordnung Anagnostópoulos meldet: "Die Polizei funktioniert unter Einhaltung der demokratischen Normen." Und meint: "Die Menschenrechtsorganisation hat ihr Material bloß aus der Presse (!) gesammelt, ohne zu verifizieren, ob es sich um Fälle handelt, die sich tatsächlich ereignet haben."

Diese Standardversion haben wir doch schon woanders gehört?

Hungerstreik im Gefängnis von Buca (Türkei)

(Informations-Zentrum für Freie Völker/Köln)

Am 14.9.1992 ist es im Gefängnis von Izmir-Buca zu einer Auseinandersetzung zwischen der Gefängnisleitung und den politischen Gefangenen gekommen. Der Grund für diese Auseinandersetzung war, daß die Gefangenen gegen die Reduzierung des Hofgangs protestiert haben. 20 Gefangene wurden dabei von Soldaten und Polizisten zum Teil schwer verletzt. Die Verletzten sind nicht ins Krankenhaus gebracht worden. Am 15.9.1992 hat es wieder eine Auseinandersetzung gegeben, bei der 58 Gefangene verletzt worden sind, davon 20 schwer.

Seit 2 Jahren dürfen die Gefangenen im Gefängnis von Izmir-Buca keinen Besuch und keine Post bekommen. Für einige Gefangene ist ein Besuchs- und Postverbot bis 1997 verhängt worden. Aktuell gibt es in keinem Gefängnis der Türkei tatsächliche Isolationshaft, aber im BucaGefängnis wird nach jeder Operation versucht, die Frauen in Isolationszellen zu verschleppen.

Die Konterguerilla verteilt seit einem Jahr im Gefängnis Flugblätter unter dem Namen KAP ("Kemalistische Polizei- und Militärkraft"), mit dem Tenor: "Uns gibt es auch im Gefängnis", "Vor uns könnt ihr nicht weglaufen, wir werden euch umbringen".

Die politischen Gefangenen beurteilen die Operationen gegen sie als Angriff der Konterguerilla. Aus Protest gegen die Unterdrückung im Gefängnis haben sie am 14.9.1992 einen Hungerstreik angefangen, der heute seit **36 Tagen** andauert.

Die Gefangenen, die sich an diesem Hungerstreik beteiligen, kommen aus den folgenden Organisationen: TKIH, TKP/B, TKP/ML Hareketi, PRK (Rizgari), Direnis Hareketi, TKP/K, Devrimci Yol, DKP, KKP, PKST, TDKP, TIKB, MLSP-B, Ekim, TKP/ML und Devrimci Sol.

Der Hungerstreik wird von den Angehörigen der politischen Gefangenen und den Gefangenen anderer Gefängnisse unterstützt.

In dem aus 25 Punkten bestehenden Forderungskatalog der Gefangenen wird als erstes gefordert, daß menschenwürdige Lebensbedingungen im Gefängnis geschaffen werden, Besuchs- und Posterlaubnis und der Besuch unter den Gefangenen.

In einer Erklärung der politischen Gefangenen und deren Familien rufen sie die Öffentlichkeit auf, gegen die Angriffe zu protestieren und ihren Widerstand zu unterstützen.

Falls es im Gefängnis zu Tod oder bleibenden Schäden der hungerstreikenden Gefangenen kommt, sind die Regierung, der Justizminister und die Gefängnisleitung dafür verantwortlich.

Wir rufen alle demokratischen Kräfte auf, diesen Widerstand zu unterstützen und gegen die Angriffe gegen die politischen Gefangenen in der Türkei zu protestieren.

Nach den letzten Informationen, die wir heute (Anm. Tb: 22.10.) von den Angehörigen der Gefangenen bekommen haben, hat sich der Gesundheitszustand von Kader AKSU, der sich heute seit 31 Tagen im Hungerstreik befindet, dramatisch verschlechtert. Mittlerweile sind bei ihm Probleme mit dem Magen und den Harnwegen aufgetreten, der Körper verweigert die Aufnahme von Flüssigkeit und Zucker. Ein ärztlicher Bericht sagt, daß seine inneren Organe mittlerweile zu empfindlich geworden sind.

Die Angehörigen fordern deshalb die verantwortlichen Stellen noch einmal dringend auf, die berechtigten Forderungen der Gefangenen zu erfüllen. Die Gefängnisleitung, der Justizminister und die Regierung tragen die Verantwortung für alle gesundtheitlichen Schäden und den möglichen Tod der Gefangenen.



Grenzgänger

Über Nobelpreisträger und Autodidakten

von Christoph Goldmann

Zehn lange Jahre, unzählige lange Tage verbrachten sie an diesem Ort, und dachten doch immer an einen anderen Ort. Einen fröhlichen, einen hellen Ort.

Nicht einmal die Augen mußten sie schließen, um noch einmal ihre majestätischen Berge zu sehen, denn von jedem Standort im Lager "La Nueva Esperanza" (Die neue Hoffnung) sind die Berge Guatemalas sichtbar - und waren doch zehn Jahre unerreichbar weit, auf der anderen Seite der Grenze. Um die Grenze von Mexiko nach Guatemala zu überschreiten und in ihre Heimat zurückzukehren, müßten die Menschen in den Flüchtlingslagern eigentlich Bedingungen erfüllen, die sie nicht erfüllen können.

"Wer diese Bedingungen nicht erfüllt und zudem noch das Anlitz der Armen trägt, hat definitiv erhebliche Schwierigkeiten um sich in dieser Welt zu bewegen." Rigoberta Menchú weiß, wovon sie redet, *"...weil ich in den 11 Jahren meines Exils die Erfahrung gemacht habe, daß man einen Titel braucht, einen Beruf, ein Bankkonto und ähnliche Bedingungen erfüllen muß, um eine Grenze überschreiten zu können."*

Den Titel wird Rigoberta Menchú nun bald haben. Anfang Dezember wird ihr in Oslo der diesjährige Friedensnobelpreis überreicht. Als Anerkennung für ihr unermüdliches Eintreten für die Rechte ihres Volkes, und Rigoberta Menchú sagt ganz bewußt, daß *"wir den Preis bekommen haben."* "*Wir*", das sind alle, die nichts haben, die Straßenkinder, die Frauen, die Indígenas und alle zum Schweigen gebrachten Stimmen auf dieser Welt. "*Wir*", das sind die eine Million Flüchtlinge, die eine unbändige staatliche Repressions- und Mordpolitik innerhalb Guatemalas vertrieben hat, sowie die 50.000 anerkannten und 150.000 nicht anerkannten Flüchtlinge, die in Mexiko Zuflucht gefunden haben. Menschen die davon träumen, in Frieden und ohne Titel und Bankkonto in ihr Land zurückkehren zu dürfen.

Autodidakten

Rigoberta Menchú erkennt sich und dem überwiegenden Teil der Menschheit am Ende des 20. Jahrhunderts einen Titel zu, der in unserer Welt keine große Bedeutung hat: Autodidakt zu sein.

"Menschen die gelernt haben, ihr Wissen im alltäglichen Überlebenskampf, bei der kollektiven Arbeit, den Entbehrungen und Anstrengungen mühsam zu vergrößern. Das Autodidakt-Sein zu respektieren, wäre eine wichtige Anerkennung für all die Analphabeten dieser Welt, für traditionelle Hebammen, die nicht anerkannt werden, für uns alle, die wir als soziale Akteure einen Beitrag geleistet haben."

Die Autodidakten sind die Mehrheit dieser Welt, denen die Spezialisten, die mit Bildung Vollgestopften, das Fürchten lehren. Die Autodidakten sind die Mehrheit Guatemalas, sind die Nachfahren der Maya und die Ladinos, die, wenn nicht erschossen, entwürdigt, entführt, auf der anderen Seite der Grenze leben, überleben. Ständig bedroht von Militär, Ausbeutung, Einschüchterung. Von dem Verbot, die Grenzen zu einem menschlichen Leben zu überschreiten.

Grenzüberschreitungen

Seit Anfang der 70er Jahre ist der Begriff "Grenzüberschreitung" aus dem Vokabular eines immer breiter werdenden Stromes von Texten über die Kunst, Politik und soziales Leben der Gegenwart nicht mehr wegzudenken. Wollte man dieses Faktum ironisch kommentieren, so könnte man auf die Analogie der im Bereich Freizeit, Fernsehen und Tourismus auftretenden, immer populärer werdenden "Grenzüberschreitungen" hinweisen.

Ganze Industriezweige beschäftigen sich mit der sicheren "Grenzüberschreitung" in den "schönsten Wochen des Jahres", bauen Schwellenangst ab und legen damit neue Grenzen, sicherere eben, fest. Der Tourist im Club mediterraneé reproduziert jenseits der Grenze die

Verhaltensstrukturen, die diesseits herrschen. Nichts außer der räumlichen Veränderung hat sich durch die Überschreitung von Grenzen geändert. Die Hüter dieser Grenzen sind die Herrscher über den angenehmen Tod. Sie sitzen in den Regierungen, den Kasernen, den Konzernzentralen. Anwälte einer Freiheit geringer Intensität.

Daß aber Entwurzelung und Heimatlosigkeit nicht immer nur als Fehlentwicklung zu verstehen ist, sondern als etwas, in dessen Verlauf Werte entstehen, daß Trennung von der Heimat auch eine neue Art von Freiheit geben kann, eine ganz persönliche, innere Freiheit, beweisen die gualtematekischen Autodidakten, die vor rund zehn Jahren nach Mexiko geflohen sind. Ihre soziale Organisation, ihre Solidarität, ist unter den schwierigen Bedingungen wiederholter Zwangsumsiedlungen eher noch verstärkt worden. So ist denn auch eine der Hauptforderungen der Vertreter der "Comisiones Permanentes de Refugiados en México", der Selbstorganisation der Flüchtlinge in den Lagern, daß sie nach ihrer Rückkehr nicht wieder auseinandergerissen und isoliert werden. Die Regierungsvertreter und die Armee, in Guatemala Herrscher über den unangenehmen Tod, reagierten recht hilflos auf solch neu erwachtes Selbstbewußtsein und fragten sich Mitte dieses Jahres während einer der Dialogrunden zur Regelung der Flüchtlingsfrage allen Ernstes, ob sie mit *"Vertretern der Flüchtlinge oder mit Vertretern des Umsturzes und mit gemeinen Manipulateuren des einfachen Volkes am Tisch sitzen."*

Trotz größter Schweirigkeiten konnte ein Minimalabkommen erreicht werden, das eine organisierte Rückkehr ermöglicht. Aber bis heute vermissen die Flüchtlinge und Rigoberta Menchú die Bereitschaft der Regierung zur Versöhung und zu einem "Dialog mit Inhalt", der die Grundlagen für einen dauerhaften Friden schafft.

"Es gibt keinen Frieden, der nur auf dem Papier steht. Der Frieden muß konkret sein." Vielleicht wird Rigoberta Menchú diese Worte in die Fernsehkameras der Welt sprechen, wenn ihr Anfang Dezember der Friedennobelpreis verliehen wird. Zur gleichen Zeit wird in 8.000 km Entfernung eine erste Gruppe von 5.000 gualtematekischen Flüchtlingen ihre sieben Sachen packen und endlich das zehnjährige Provisorium auflösen, um in die Heimat zurückzukehren.

Ob sie in ein friedliches Land zurückkehren, muß bei der Definition, die Rigoberta Menchú für Frieden im Kopf hat, bezweifelt werden: *"Frieden bedeutet nicht allein die Abwesenheit von Krieg und nicht nur die Einstellung des bewaffneten Konfliktes, sondern er wird auch durch die Überwindung der Bedingungen bestimmt, die den Krieg hervorrufen: die Intoleranz, die aufgezwungenen Lebensumstände und die Anmaßung"*, sagte Rigoberta Menchú 1990, als sie auf Einladung von medico international die Bundesrepublik bereiste. *"Für Guatemala heißt das konkret der Mangel an Nahrung, an Menschenrechten und damit das Fehlen von menschenwürdigen Lebensbedingungen."*

Mit diesem mächtigen Gegner werden die Rückkehrer aus Mexiko zu kämpfen zu haben. Sie werden darum kämpfen müssen, endlich von der gualtematikischen Regierung als Zivilbevölkerung und nicht als Guerilleras und Guerilleros betrachtet und behandelt zu werden, nur weil sie Indígenas sind. Sie werden das Recht erstreiten müssen, sich endlich frei in ihrem eigenen Land bewegen zu können, ohne Angst vor den mörderischen "Kontrollen" durch die Militärs.

Anfang Dezember werden die 5.000 Autodidakten, guatemaltekischen Flüchtlinge, die Grenze zu ihrem Heimatland überschreiten. Auf dem Weg zu einem Leben in Frieden und Freiheit werden sie noch viele Grenzen überschreiten müssen. Ein Bankkonto fehlt ihnen noch, ab dem 10. Dezember haben sie wenigstens einen Titel, Entschuldigung zwei: Friedensnobelpreisträger und Autodidakten.

Seit 1982 unterstützt medico international die Flüchtlinge und Vertriebenen Guatemalas. Eine medizinische Notversorgungsstruktur entstand, die wir mit Arzneimitteln und anderen medizinischen Soforthilfegütern ausgestattet haben. Die Ausbildung von Gesundheitspromotoren wurde ermöglicht und auch die Durchführung zweier Treffen der kontinentalen Bewegung der indigenen, schwarzen und sozialen Organisationen Lateinamerikas. Seit 1982 hat medico für diese Arbeit jährlich etwa 200.000 DM aufgewendet. Und diesem Sinne haben die Menschen Guatemalas auch ein Konto, ein Konto der Solidarität, an der Sie tatkräftig mitwirken können.

Spenden können unter dem Stichwort "Guatemala" eingezahlt werden auf das Konto: 1800 bei der Frankfurter Sparkasse (BLZ 500 501 02)

Insumision – Totalverweigerung im spanischen Staat

...
Herr Präsident
ich möchte nicht in den Krieg ziehen
ich bin nicht auf dieser Erde
um Menschen zu töten
ich möchte Sie nicht erzürnen
aber ich muss Ihnen sagen
daß mein Entschluß feststeht:
ich werde nicht gehorchen
...
(aus einem Gedicht eines Insumisos)

Tausende von spanischen Jugendlichen verweigern jährlich sowohl den Militär- als auch den Zivildienst. Gut organisiert und mit breiter sozialer Unterstützung sorgen die "Insumisos" für einen nicht endenden politischen Konflikt und überforderte Staatsanwälte.
Vor der Darstellung der aktuellen Situation sei ein kurzer Überblick über die Entwicklung der Kriegsdienstverweigerung in Spanien gegeben. 1950 verweigert ein Zeuge Jehovas als erster den Kriegsdienst. Als "Systemgegner", wie es unter der Franco-Diktatur (1939-1975) hieß, wurde er für mehrere Jahre inhaftiert. Die Verweigerung eines Katholiken wird 1971 international bekannt, als sich Solidaritätsgruppen vor der spanischen Botschaft in Bonn anketten, um gegen die langjährigen Haftstrafen gegen Verweigerer zu protestieren.Der politische Erfolg stellt sich ein: Das Europa-Parlament empfiehlt dem spanischen Staat weniger repressiv gegen Wehrdienstverweigerer vorzugehen.
Die anwachsende und sich organisierende politische Bewegung gewinnt an Einfluß. Der Grund dafür liegt auf der Hand. Nach Francos Tod 1975 und während des Übergangs zur Demokratie ist die jüngste Vergangenheit noch präsent. Spanienweit wird die Amnestie für die politischen Gefangenen und die Legalisierung aller politischen Parteien gefordert.Diesem Druck gibt die Regierung nach,doch der verhaßte Polizei- und Militärapparat sowie die Justiz bleiben von Säuberungen verschont. In dieser Zeit der linken Aufbruchstimmung ist es für Verweigerer leicht, gegen das Militär zu rebellieren. Die christdemokratische UCD erläßt 1976 eine Amnestie für mehr als 220 Verweigerer, ohne jedoch der Kriegsdienstverweigerung einen legalen Status einzuräumen. Erst Ende desselben Jahres wird die Verweigerung aus religiösen Gründen möglich. Die Kriegsdienstverweigererbewegung, die stetig anwächst, gründet 1979 den MOC (Movimiento de Objeción de Conscienca). Auf ihrem ersten Kongress wenden sie sich gegen die restriktiven Vorschläge der Regierung und die Einschränkung der Gewissensgründe. Sie definieren den MOC als eine breite politische Protestkultur gegen "das System, das u.a. Ungerechtigkeit, Hunger, Tod und Destruktivität für die Mehrheit eines Volkes und sozialen Wohlstand für einige wenige bedeutet". Der MOC richtet sich also nicht nur, wie es auf den ersten Blick scheint, gegen den Militärdienst, sondern interveniert in allen Bereichen politischer Auseinandersetzung.

Region	Anzahl	Region	Anzahl
Andalusien	9645	Galicien	4235
Aragón	2761	Rioja	444
Balearen	1018	Madrid	14588
Canarische Inseln	2421	Murcia	1484
Castilien Lamancha	1708	Baskenland	12375
Castillien León	3840	Asturien	2279
Katalonien	12702	Valencia	8808
Extremadura	1102	Ceuta	12
		Meulla	12
		Ausland	408
		Insgesamt:	79837

Zahlen aus einem Bulletin des MOC des Jahres 1991
Für das Jahr 1992 sind aktuelle Zahlen noch nicht bekannt.
Auf Grund der jüngeren Entwicklung kann ohne Übertreibung von mehr als 100000 Wehr- oder Zivildienst-Verweigerern gesprochen werden.

1983 verabschiedet die sozialdemokratische PSOE ein neues Gesetz, das keine politischen Gründe für eine Verweigerung erlaubt, die Gewissensprüfung nach deutschem Vorbild einführt und die Verweigerung als Soldat nicht anerkennt. Kollektive Verweigerungsformen werden ausdrücklich verboten. Außerdem wird der Zivildienst, der mit einer Dauer von achtzehn Monaten den Kriegsdienst um sechs Monate übertreffen soll, zur Pflicht.
Demonstrationen, Parlamentsbesetzungen, Einschließungen und schließlich mehr als 15000 Jugendliche, die zeitgleich eine "Einheitserklärung" vorlegen, werden als Verweigerer anerkannt und durchbrechen somit das neu erlassene Gesetz. Zum Zivildienst können sie nicht einberufen werden, da die entsprechenden Plätze nicht existieren.
Der MOC findet inzwischen Unterstützung von christlichen, pazifistischen, gewerkschaftlichen Gruppen und sogar Rückendeckung politischer Parteien.Diese Zusammenarbeit drückt sich besonders in der Kampagne gegen den NATO-Beitritt Spaniens aus.Nur auf Grund einer intensiven Propaganda, u.a. mit Wurfsendungen an alle spanischen Haushalte, erreicht die spanische Regierung bei der Volksabstimmung 1986 ein knappes Ja zur NATO.
Auf ihrem zweiten Kongreß 1986 geht der MOC in die Offensive. Der zivile Ungehorsam wird als effektives Mittel zur Erlangung politischer Ziele erklärt. Sie definieren sich als "radikale politische Bewegung, die sich solidarisch mit anderen revolutionären Kämpfen verhält". Ihr gewaltfreier Verteidigungsbegriff bezieht sich auf soziale Werte (Gerechtigkeit, Frieden, Gleichheit, Minderheitenrechte...) und nicht auf das "vaterländische Territorium".
Die PSOE sieht keine andere Möglichkeit, als die inzwischen auf 22000 angewachsenen Verweigerer 1988 zu amnestieren, um sich des nicht zu bewältigenden Problems zu entledigen. Der Druck auf die kommende Generation soll mit der Androhung von einer bis zu sechsjährigen Gefängnisstrafe erhöht werden. Die Einberufung zum Zivildienst soll konsequent erfolgen.
Der MOC lehnt den Zivildienst als Zwangsdienst ab. Die zivilmilitärische Verplanung im Kriegsfall wird nicht akzeptiert. Ebenso kann es im Zivildienst nicht darum gehen, die sozialen Probleme, die das System selbst verursacht, zu befrieden. Außerdem

würden mögliche Arbeitsplätze auf Grund der billigeren Zivildienstleistenden nicht geschaffen.
Ende der 80er Jahre beginnt eine Kampagne, um das neue Zivildienstgesetz undurchführbar zu machen. Der MOC unterstützt die Totalverweigerung, um zu verhindern, daβ es dem Staat gelingt, jeden zu zwingen, einen Dienst zu leisten und die Kriegsdienstverweigerer zugleich in das staatliche System zu integrieren.
Hunderte von bereits Amnestierten verbrennen öffentlich ihre Anerkennungsdokumente und reichen erneut kollektive Verweigerungen ein. So wird der Staat gezwungen, nochmals die Anerkennungsverfahren zu durchlaufen. Die "neuen" Verweigerer stellen sich bei der Einberufung direkt den Militärbehörden. Erst dort geben sie ihren Entschluβ zur Totalverweigerung bekannt. Damit machen sie deutlich, daβ sie weder die Zivildienstgesetzgebung noch die üblichen Anerkennungsverfahren akzeptieren. Auβerdem präsentieren sich die "Insumisos" mit vier weiteren FreundInnen dem Militärgoverneur. Diese sagen aus, dem "Insumiso" bei der Entscheidungsfindung und dem Entschluβ aktiv unterstützt zu haben. Laut der spanischen Gesetzgebung droht den "intellektuellen Tätern eines Delikts" dasselbe Strafmaβ. Diese Kampagne provoziert massenhafte Gerichtsverhandlungen, die undurchführbar sind. Eindrucksvoll machen die Totalverweigerer deutlich, daβ in diesem politischen Konflikt eine politische statt eine rechtlichen Lösung gefunden werden muβ.
Selbst eine Umfrage vom 21.4.91 der regierungsfreundlichen "EL País" verdeutlicht die öffentliche Unterstützung der Verweigerer:

	Insgesamt	Jugendliche
Ist das Militär		
sehr nützlich	10%	5%
wenig nützlich	35%	39%
vollkommen unnütz	26%	43%
Bestrafung für Totalverweigerer:		
Gefängnisstrafe	13%	10%
Geldstrafe	39%	32%
Keine Bestrafung	35%	55%

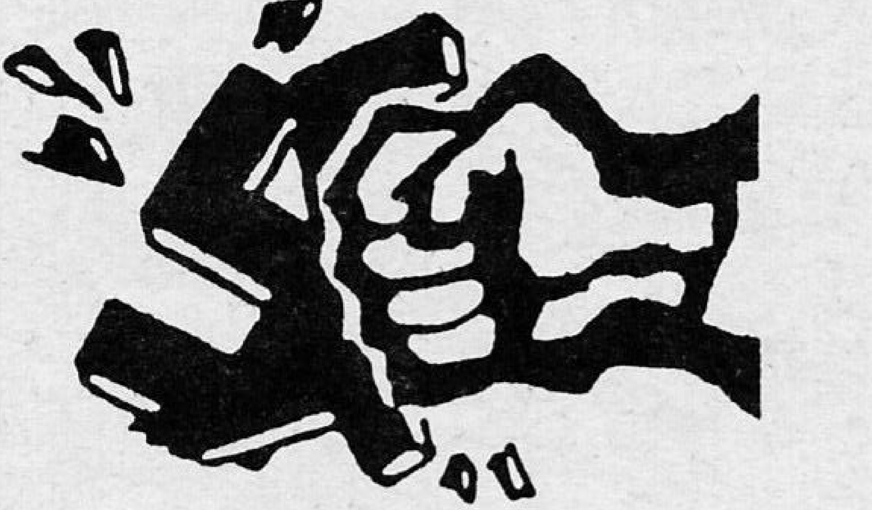
Bis heute gibt es laut Angaben von MOC mehr als 100 000 Wehrdienst- oder Totalverweigerer. Dem gegenüber stehen lediglich 50 Gerichtsverfahren und 14 zu Haftstrafen Verurteilte. Nur Zwei von Hundert Verweigerern werden überhaupt zum Zivildienst einberufen, der wiederum von nur 5% geleistet wird.
Eine zusätzliche Form des Protestes ist der Steuerboykott von aktuell 3000 Personen, die den für das Militär vorgesehenen Prozentsatz an soziale Projekte (Schulen in der Sahara und in Nicaragua) weitergegeben haben. Mehr als 300000 DM haben sie so dem Verteidigungsministerium vorenthalten. Auch in diesem Falle blieb die staatliche Verfolgung bis heute aus.
Die Totalverweigererbewegung in Spanien hat es geschafft, eine breite jugendliche politische Opposition zu etablieren. Den individuellen Verweigerungsverfahren wurden kollektive Antworten und massenhafte solidarische Aktionen entgegengesetzt. Die alltägliche Präsenz von Wandbildern, Informationsständen, öffentlicher Unterstützung jedes Einzelnen und der massenhafte zivile Ungehorsam machen die "Insumisos" zu einer einzigartigen Jugendbewegung in Europa.

Am 21. und 22. November werden Micheál Ferguson und Robert McClanaghan nach Ost- und Westberlin kommen. Beide sind Vertreter des "Prisoners of War-Departments" von Sinn Féin aus Belfast (Ressort für irische politische Gefangene).
In den beiden Veranstaltungen mit den zwei irischen Genossen wird es zum einen um die Situation der irischen politischen Gefangenen gehen. Aber nicht nur.
Micheál Ferguson ist gleichzeitig gewählter Stadtrat von Sinn Féin in Poleglass, einem proletarischen Armutsviertel, das an West-Belfast anschließt. Die Arbeit in einem solchen Gebiet umfaßt außer dem alltäglichen Kampf gegen die britische Besatzung, gegen Repression, Armut, Arbeitslosigkeit und beengende Wohnverhältnisse auch den Kampf gegen Rassismus z.b. gegen "Travelling people" (vergleichbar den Sinti und Roma hier).
Doch lassen wir Micheál Ferguson selbst zu Wort kommen. In einem Leserbrief an die irisch-republikanische Wochenzeitung AP/RN vom 8.Okt.´92 schreibt er:
"A chairde, liebe FreundInnen,
Ich bin Stadtrat für das Gebiet von Poleglass und ich weiß, daß mir mein Standpunkt keine Stimmen einbringen wird(...).Vor einiger Zeit haben sich travelling people ... in Poleglass angesiedelt.(...) Diese Familien haben früher an der Glen Road gelebt (...). Ich weiß, daß es sehr oft Probleme mit den provisorischen Wohnstätten gibt, aber ich möchte daran erinnern, daß viele der EinwonerInnen von Twinbrook und anderswo mit Lastwagen der Travellers flüchteten, als sie 1969 aus ihren Wohnungen vertrieben wurden.
Letzte Woche hat der Stadtrat der SDLP (Sozialdemokraten) Hugh Lewsley eine Kundgebung gegen die Travellers organisiert. Am Donnerstag morgen wurden zwei Mollis gefunden und mittags kam Stadtrat Lewsley mit einer Gruppe von Leuten zurück und sagte den Travellers, sie sollten gehen. In derselben Nacht zogen die Travellers weiter. ´Nachdem die mollis gefunden und wir dann bedroht worden waren, hatten wir um unsere Frauen und Kinder Angst´, sagte mir ein Mann. Auf der Fahrt von Poleglass brach ein Caravan zusammen und bevor er wieder flott gemacht werden konnte,wurde er ausgebrannt (...). Stadtrat Lewsleys skrupellose Ausbeutung der wirklichen oder eingebildeten Angst der Community ist moralisch verwerflich. Das Fehlen von Einrichtungen für Travellers liegt in der Verantwortung des Stadtparlaments und ist kein Fehler der Travellers (...)."

In einem Artikel aus derselben Ausgabe der AP/RN vergleicht Hilda MacThomas diese Situation mit der von Roma uns Sinti in der BRD:
"Dies ist mehr als ein Fall von `kein Raum in der Herberge´ was wir in Poleglass und vielen anderen Orten in Irland mit ansehen, genauso ist es die Explosion von realen oder eingebildeten Ängsten einer niedergelassenen Gemeinschaft. Anstatt Druck auf die Regierung auszuüben, ausreichende Einrichtungen und Stellplätze zur Verfügung zu stellen, wird er gegen die Travellers selbst gerichtet. (...) In Rumänien haben rassistische Angriffe gegen Roma in den letzten Jahren stark zugenommen. Es gab Tote und Wohnungen sind ausgebrannt worden. Roma sind zu tausenden geflohen, viele haben die Grenze nach Deutschland überquert. In Deutschland haben Neo-Nazis Flüchtlingsheime und Roma-Camps angegriffen als Teil einer rassistischen Kampagne gegen ImmigrantInnen, JüdInnen und generell all jene Gruppen, die als ´undeutsch´ bezeichnet werden. Für die roma, wie auch für andere,ist das nichts Neues. Diese Vorkommnisse sind finsteres Echo aus Nazi-Deutschland, in dem mehr als eine halbe Million Roma in Konzentrationslagern ermordet

wurden als Teil von Hitlers Endlösung.
Irische Travellers werden von der niedergelassenen Community nicht als ´AusländerInnen´ wahrgenommen, wohl aber als ´unterschiedlich´, ´die anderen´, ´die da´ als Bedrohung.
Und damit fängt der rassismus an."

SUPPORT YOUR LOCAL TEAM



FUSSBALL FANLADEN

ANSTOSS
BERLIN
GEGEN RASSISMUS

1.FC Union Berlin zu Gast im Fußball Fanladen

"ANSTOSS"

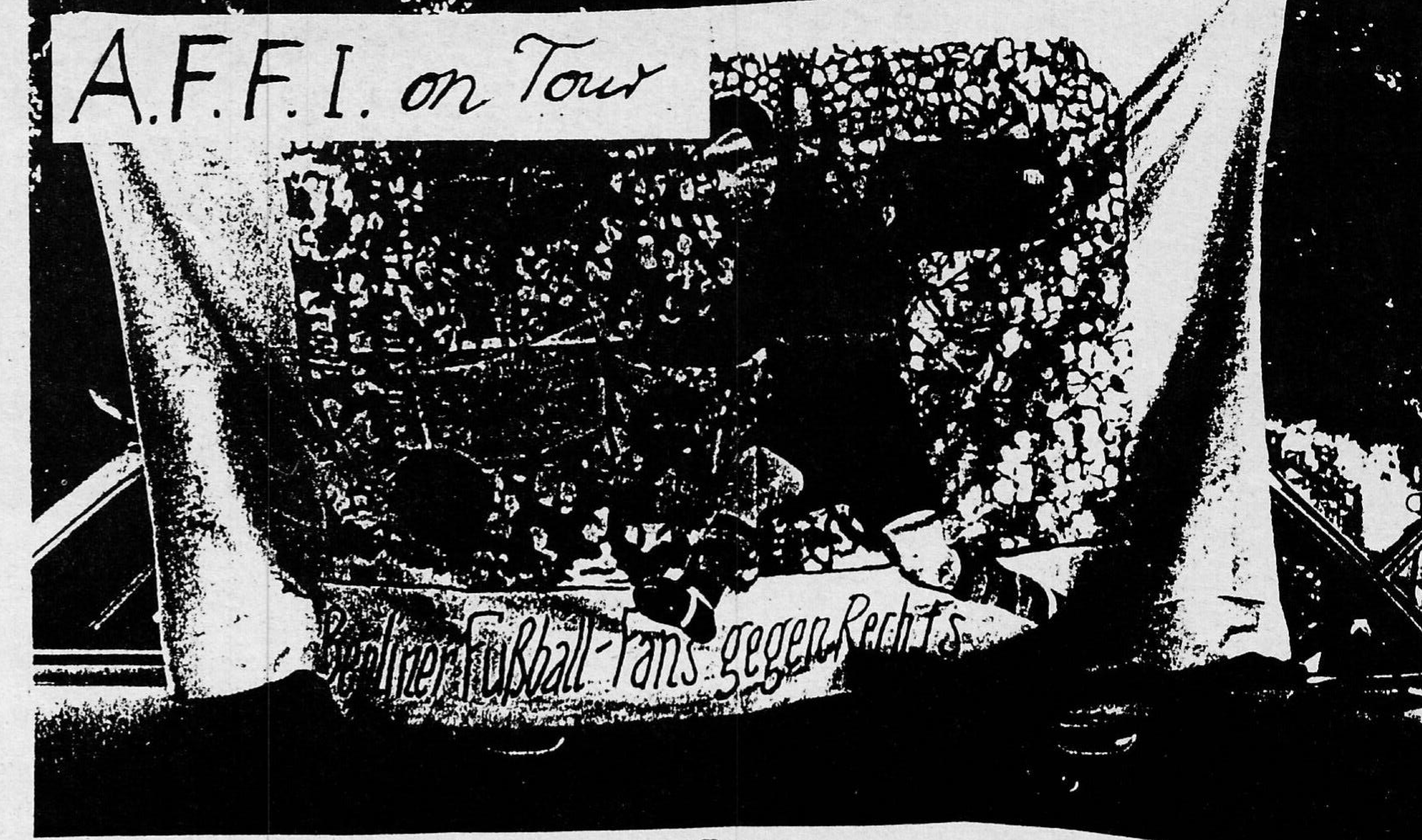
am Freitag den 20.11.92 stehen im Fanladen "Anstoss", Pedro Brombacher (Manager), Frank Pagelsdorf (Trainer) und einige Spieler des 1.FC Union, Unions Fans Rede und Antwort. Zum Thema steht alles, was ihr schon lange zum 1.FC Union wissen wolltet, und es vieleicht nicht die Zeit und Situation gab danach zu fragen !

20.11.92
VERANSTALTUNG
Freitag: 20.Nov '92
Anstoss: 19.00 Uhr

danach ab ca. 21⁰⁰

PARTY

im Fanladen, Brunnenstr. 7



Zum Spiel FC St. Pauli : Hertha BSC am 05.12.92 haben wir vom Fanladen aus, einen Bus organisiert. Der Preis beträgt 45 DM (inkl. Eintrittskarte).

Übernachtungsmöglichkeiten sind organisiert (Isomatte und Schlafsack mitnehmen)

Abfahrt Samstag,05.12.92 9 Uhr vorm Fanladen Anmeldung mittwochs ab 17 Uhr im Laden oder bei der Party

Rückfahrt sonntags,evtl. mit Besuch des Spiels LOK Altmark Stendal : Türkiyemspor

FC ST. PAULI 1910

Berliner Fußball-Fans
gegen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit
c/o Fanladen "ANSTOSS"
Brunnenstr. 6/7
O-1054 Berlin



Termine.....Termine.....Termine..........Termine.......Termine...Termine......Ter

Do19.11.
20Uhr "Die Rattenlinie" Video, Ort nicht bekannt
19Uhr "Radio in Nicaragua",Vortrag mit Diskussion,Yorckstr59 HH II

Mi20.11.Fr20.11.
19Uhr 1.FC Union -Veranstaltung im Fanladen "ANstoss",danach Party,Brunnenstr7

Sa21.11.
19Uhr Nordirlandveranstaltung im Haus der Demokratie

So22.11.
20Uhr Nordirlandveranstaltung im SO36
11Uhr Lern-AG-Seminar zu "3 zu 1" im LAZ
17Uhr "Heimat der Einsamkeit",Ort nicht bekannt

Mo23.11.
20Uhr GenossInnen aus verschiedenen Ländern berichten im EX

Mi25.11.
21Uhr Frauenabend im SOS(Jeden letzten Mi im Monat),Kollwitzstr64

Do26.11.
20Uhr Veranstaltung des Info Pool Network, Ort nicht bekannt

Fr27.11.
20Uhr Soli-Party für RADIO ZYNICA im KOB

bis 6.Januar läuft auch eine interessante Ausstellung, aber auch hierzu ist un sder Ort leider nicht bekannt

Dienstag, 10. November 1992

Aktuelles Lexikon

Autonome

Schlagartig haben die Störungen der Berliner Großdemonstration vom Sonntag die linksextremen Autonomen wieder ins Interesse der Öffentlichkeit gerückt. Dabei stehen die spektakulären, medienwirksamen Stein- und Eierwürfe in krassem Gegensatz zum tatsächlichen Zustand dieser Gruppierungen, die zersplittert sind wie nie zuvor. Der letzte Verfassungsschutzbericht von 1991 schätzt die Zahl ihrer Mitglieder in den alten Bundesländern auf 2700. Kenner der Szene machten unter den mit „Haßkappen" vermummten Störern in Berlin eine Vielzahl versprengter Mitglieder linksextremer Gruppen aus, die nicht dem „Schwarzen Block" zuzurechnen sind. Zwar haben sich angesichts des erstarkten Rechtsradikalismus sogenannte Antifaschistische Initiativen und Selbsthilfen („Antifas") gebildet, doch weichen allgemeine gesellschaftliche Probleme wie Alkoholmißbrauch auch die Kampfmoral der lose organisierten Linken auf. Seit 1989 findet eine Diskussion über die Durchbrechung der gesellschaftlichen Isolierung statt. Die letzte schwere Straftat war der Mord an zwei Polizisten im November 1987 während der Auseinandersetzungen um die Startbahn West. Der antiimperialistische Flügel, ursprünglich in RAF-Nähe angesiedelt, sieht sich innerhalb des Spektrums an den Rand gedrängt. Das Berliner Szeneorgan *Interim* regte jetzt seine Leser dazu an, alte Feindbilder zu überdenken.

k.h.

Das ursprünglich für den 14.11.92 in Chip geplante Jugendfestival (Flugblätter und Plakate waren schon gedruckt) wurde seitens des Bezirksamts Kreuzberg verboten. Als Begründung wurde genannt, daß das Festival die Jugendlichen zur Selbstverteidigung gegen faschistische Angriffe und gegen die rassistische Staatspolitik aufruft und es mit der "Mete Eksi" Demo im Zusammenhang steht. Trotz Versprechen wird eine schrifliche Begründung verweigert. Sowohl die Demo-Veranstalter als auch wir werden kriminalisiert. Dieser Fall zeigt, wem der Staat dient und gegen wen er ist. Um diesen Verbot zu protestieren:

Veranstalten wir am 19.November 92, Donnerstag 16:00 vor dem Bezirksamt Kreuzberg (Yorkstr.4, 1/61 U-Bhf: Mehringdamm) eine Kundgebung.

JUGENDFESTIVAL GEGEN RASSISMUS

Stand up for your rights, Don´t give up the fight !

Erhebt Euch für Eure Rechte, Gebt den Kampf nicht auf !

WIR HABEN DIE NASE VOLL:

In diesem Land immer noch als Ausländer gesehen zu werden ; in diesem Land zu Sündenböcke für die Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot und für die steigenden kriminellen Delikte verantwortlich gemacht zu werden; daßuns in diesem Land das Recht auf ein menschenwürdiges Leben verweigert wird; in diesem Land diskriminiert und ausgegrenzt zu werden; von der von Staat, Regierung, Parteien und Medien betriebenen rassistischen Politik; daß dem staatlich untestützten Nazi-Terror tatenlos zugesehen wird.!

Wir Jugendliche:

- Wollen auf der Grundlage der Gleichberechtigung in allen Lebensbereichen mit allen Völkern geschwisterlich leben,
- Wollen für eine Zukunft ohne jede Art von Rassismus kämpfen,
- Müssen unsere Selbstverteidigungs-Organisierungen gegen staatlich unterstützte zivile faschistische Angriffe schaffen.

Gegenaktionen von Einzelnen oder von einzelnen Gruppen bleiben wirkungslos. Deshalb ist es notwendiger denn je, uns zu einem BÜNDNIS zusammenzuschließen. Das jetzige zerstreute Dasein der einzelnen Jugendgruppen muß aufgehoben werden, um sich zu einem organisierten und effektiven Bündnis **"JUGEND IM ANTI-FASCHISTISCHEN WIDERSTAND"** zu formieren. Dieses Ziel möchten wir durch eine langfristige und kontinuierliche Zusammenarbeit erreichen.

Wir laden Euch herzlich zu unserem **"JUGENDFESTIVAL GEGEN RASSISMUS"** ein.

Programm:

Musik:
- *ADA-Musikgruppe*
- *Gruppe Yankı (Halkevi Musikgruppe)*
- *Diana (kroatische Sängerin)*

Volkstänze:
- *Birikim (Türkisch)*
- *Tscherkesisch*

Film:
- *Aufenhalt im Widerstand*

Redebeiträge:
- *VeranstalterInnen*
- *Ein Vertreter des Mahmut Azhar-Komitees*
- *Anti-Rassistische Initiative*
- *Özenspor*
- *Sinan (Ein Freund von Mete Ekşi)*

DATUM : 21.11.92 (SAMSTAG)
UHRZEIT : 17.00
ORT : Hauptgebäude der **TU** (Raum H 104-gegenüber Audimax)
Strasse des 17.Juni 135 ,1000 Berlin 12,
U-Bhf Ernst-ReuterPlatz

Solibeitrag : 5,- DM

VeranstalterInnen: **AStA-TU, ADA Jugendgruppe, Halkevi Jugendgruppe, Birikim Volkstanzgruppe, BMS**

Demo zum Todestag von Mete Ekşi: 14.11.92, 16 Uhr, Kottbusser Tor

Auf Initiative von Özenspor findet am 3. Januar 93 ein Hallenfußball-Turnier statt. Antrag: Tel. 618 92 72